

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Ursachen der Zusammenschlüsse in der deutschen Schwerindustrie

Tony Sender

Die gesamte deutsche Wirtschaft befindet sich zurzeit in einem entscheidenden Prozeß der Umgruppierung. Gewiß ist dies zum Teil auf die Krise der Welt- resp. der europäischen Wirtschaft zurückzuführen, doch übersehe man darüber nicht die spezifisch deutschen Krisenursachen. Krieg und Inflation haben die normale Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft unterbrochen, zum Teil den Fortschritt hintangehalten — Technik und Arbeitsorganisation —, andererseits Entwicklungen treibhausartig gefördert, so daß die so entstandenen Gebilde der rauhen Luft einer stabilen Währung nicht standzuhalten vermochten. So ist mancher der in den letzten Jahren entstandenen Großkonzerne nach ungeheurer raschem Aufblühen wieder in sich zusammengebrochen. Sind daraus nun allgemeine Schlußfolgerungen für diese Zusammenschlußbewegung überhaupt zu ziehen? Kann man sie etwa als abgetan ansehen?

Um diese Frage beantworten zu können, gilt es den Ursachen dieser Zusammenschlüsse kurz nachzugehen. Nach wie vor ist in der kapitalistischen Produktion die Tendenz nach einer Spezialisierung des Arbeitsprozesses vorherrschend, ja sie ist sogar im Verlauf der Entwicklung immer prononcierter geworden. Hand in Hand damit ging das Bestreben nach Vergrößerung der Betriebe, um so das Gesetz von den sinkenden Kosten bei entsprechend hoher Produktionsmenge auszunutzen. Beide, Spezialisierung wie Vergrößerung, waren das wirksamste Mittel zur Vergrößerung und gleichzeitigen Verbilligung der Gütererzeugung. Während jedoch die Spezialisierung auch heute, speziell in Deutschland, noch nicht am Ende der Entwicklung angelangt ist, hat die Betriebsvergrößerung in vielen Fällen ihr Optimum bereits erreicht.

Die Betriebsvergrößerung aber findet ihre Grenze an dem Punkte, da eine weitere Vergrößerung keinen zunehmenden Ertrag mehr bringen würde. Es hat sich in der Praxis vielmehr herausgestellt, daß von einer bestimmten Ausdehnung an die Proportionalität erreicht ist, das sogenannte Optimum, das heißt der aufgewandte Arbeitsaufwand steht im günstigsten Verhältnis zum erzielten Arbeitsergebnis. Jede weitere Vergrößerung würde alsdann zur Disproportionalität führen. Um aber das akkumulierte Kapital weiter verwerten zu können, geht man dazu über, neue Betriebe bis zur Größe dieses Optimums anzugliedern.

Die wachsende Spezialisierung aber bringt den erheblichen Nachteil mit sich, daß bei Absatzstokungen und Krisen in dem betreffenden Fabrikat kein Ausgleich in der Intensivierung der Herstellung eines anderen Artikels ge-

funden werden kann, so daß bei längerer Dauer dieser Absatzkrise das Unternehmen selbst in Gefahr geraten kann. Beide Tatsachen nun, sowohl der eben erwähnte Nachteil der Arbeitsteilung, wie auch die Begrenzung der Vergrößerungsmöglichkeit der Betriebe, erzeugten das Streben des Kapitals nach Zusammenschluß von Unternehmungen, nach Arbeitsvereinigung.

So zeigt sich, daß die Arbeitsteilung die Vorbedingungen schafft, die schließlich zur Arbeitsvereinigung führen muß, gleichviel in welchen Formen sich diese vollzieht. Um Konzentration aber handelt es sich, gleichviel ob die Vereinigung von Unternehmungen in der Form von Konzernen oder aber in der weitergehenden Form der einheitlichen Unternehmung durch Fusion vor sich geht. Immer aber sind es reale Tatsachen der hochkapitalistischen Produktionsbedingungen, die zu solchen Zusammenschlüssen drängen. Das ist für die weiteren Ausführungen wichtig festzuhalten.

Man hat insbesondere im letzten Jahrzehnt die Bezeichnungen „horizontale und vertikale Konzentration“ zur Bezeichnung zweier Zusammenschlußarten in den Sprachgebrauch übernommen. Beide Begriffe sind in der nationalökonomischen Literatur nicht neu.

Die **horizontale Konzentration** bedeutet die Zusammenfassung von **Unternehmungen der gleichen Produktionsstufe**, hängt zusammen mit dem oben beschriebenen Optimum in der Betriebsgröße und kann sowohl in der Form von Kartellen, Syndikaten, wie auch in der Gestalt völliger Fusion und Trustbildung auftreten.

Die **vertikale Konzentration**, die gleichfalls in den verschiedensten Zusammenschlußformen sich vollziehen kann, vor dem Kriege bekannt unter der Bezeichnung „gemischte Werke“, ist eine Zusammenfassung von Betrieben der Rohstoff-, halbfabrikaterzeugenden und der Fertigindustrie. Bei ihr schließen sich Unternehmungen verschiedener aufeinander angewiesener Produktionsstufen zusammen. Dem tatsächlichen Begriff der vertikalen Konzentration entspricht somit nicht mehr eine Zusammenfassung von Betrieben, die keine direkte Beziehung mehr zueinander haben, wie es bei einer Reihe der in den letzten Monaten zusammengebrochenen Großkonzerne der Fall war, so daß mit deren Zusammenbruch dieser Art des Zusammenschlusses auch keineswegs das Urteil als gesprochen gelten kann. Im Gegenteil ist die Tendenz nach diesem Prozeß der Arbeitsvereinigung außerordentlich stark. Sie kann aus zwei verschiedenen Richtungen kommen. Schon vor dem Kriege war sie am stärksten in der Rohstoff und Halbzeug fertigenden Industrie, schon aus dem Grunde, weil in ihr die stärkste Zusammenballung von Kapital stattfand. Sie geht aber auch aus von der Fertigindustrie, die sich den regelmäßigen Bezug von Rohstoffen und Halbzeug sichern wollen.

Ursachen dieser Zusammenschlüsse waren neben den eingangs erwähnten zwei Grundtendenzen der kapitalistischen Produktion zwei wichtige technische Vorteile, und zwar die Ausnutzung der im Hochofen gewonnenen Hitze des geschmolzenen Roheisens und die Verwertung der der Hochofengicht entströmenden brennbaren Gichtgase, die die Entstehung gemischter Betriebe stark gefördert haben.

Besondere Schwierigkeiten der Versorgung der ersten Nachkriegszeit veranlaßten Werke der Fertigindustrie, sich Kohlen und Rohstoffbezug durch Werksangliederung sicherzustellen. In dieser zwingenden Form ist es heute

nicht mehr die Versorgungsschwierigkeit, die zur Zusammenfassung drängt. Um so mehr aber die Rücksicht auf den Materialpreis. Jeder Zwischenverdienst ist auf diese Weise ausgeschaltet, in den letzten Jahren trat hinzu die Ersparnis der Umsatzsteuer, so daß durch billigeren Materialbezug die Konkurrenzfähigkeit der gemischten Werke erhöht und oft ein Differenzialgewinn erzielt wurde.

Schließlich ist noch ein wesentlicher Gesichtspunkt die Sicherung des Bezugs bestimmter Qualität des Materials. Je höher qualifizierte Arbeit ein Betrieb zu leisten hat, um so mehr kommt es auf den regelmäßigen Bezug der gleichen Qualität des Materials an. So zum Beispiel auf eine ganz bestimmte Härte des zu verarbeitenden Stahls, dessen kontinuierlichen Bezug man sich am besten durch Kombination von Unternehmungen sichern kann.

Ist es aber erstaunlich, daß gerade in den Nachkriegsjahren die Zusammenschlußbewegung in der Schwerindustrie besonders lebhaft wurde? Man braucht nur zu erinnern an das Auseinanderreißen eines organischen Aufbaus durch die Abtretung von Elsaß-Lothringen, um zu erkennen, daß es dadurch notwendig wurde, zur Verwertung der Kohlen und Kokszerzeugung im verbliebenen deutschen Gebiet Hüttenbetriebe, Stahl- und Walzwerke neu auf- und auszubauen resp. anzugliedern und andererseits sich andere Erzgrundlagen zu schaffen.

Neben diesen rein technischen Ursachen aber war es das Verlangen nach **Abschwächung der Konjunkturschwankungen**, das zur Kombination drängte. In den Zeiten der Hausse ist die Fertigungsindustrie bestrebt, sich den Rohstoffbezug zu sichern, während in der Periode der Baïsse der Kampf um den Absatz im Vordergrund steht. Vorteilhafter als die Neuerrichtung eigener Verarbeitungswerke, die erst alle Schwierigkeiten der Entwicklung durchzumachen hätten, hat sich daher die Angliederung von Verarbeitungswerken erwiesen. Diese haben auch bereits einen bestimmten Kundenkreis, eine Verkaufsorganisation, das Risiko des Marktes vermindert sich für die Rohstoffindustrie. Je mehr aber nur die Aufsaugung von freien Werken sich vollzieht, um so stärker wird der Zwang für die verbliebenen Rohstoffwerke, sich an dem so verminderten Markt ebenfalls regelmäßige Abnehmer zu sichern.

Neben diesen vertikalen Zusammenschlüssen bleibt aber die Tendenz auch nach dem horizontalen Zusammenschluß besonders in der Eisenindustrie weiter wirksam. Gerade in der Periode der Wirtschaftskrise sucht man durch Konzentration die Möglichkeit zu schaffen, die erforderliche Produktion in den am besten arbeitenden Werken, also zu günstigsten Bedingungen herstellen zu lassen; die schwächeren Unternehmen werden stillgelegt, dabei geht aber die Quote dieser stillgelegten Zechen und Werke auf die anderen, gut ausgerüsteten über. Man erkennt hieraus, daß die Tendenz zur Kartellierung und zur Vertrustung parallel nebeneinander herläuft, ja daß das Bestehen von Kartellen sogar fördernd auch auf den engeren Zusammenschluß von Unternehmungen (Übernahme der Quoten) einwirken kann. Im Gegensatz zur Wirkung des Kartells kann in solchem Falle die des Zusammenschlusses fördernd in der Richtung der Rationalisierung der Produktion sein.

Ein letzter Hauptfaktor, der fördernd auf die Zusammenschlußbewegung wirkt, ist ein **kapitalwirtschaftlicher**. Gerade im gegenwärtigen Augenblick der Betriebsmittelknappheit ist jede Ersparnis von Betriebskapital von un-

geheurer Bedeutung. Durch den engen Zusammenschluß aber wird das Aufrechterhalten von großen Lagern überflüssig, die sonst darin festgelegten Betriebsmittel werden somit frei. Gilt diese wichtige Erleichterung für die Werke der Verarbeitungsindustrie, so ist umgekehrt den Rohstoff- und Halbzugezeugenden Werken eine bessere Sicherung des kontinuierlichen Absatzes gegeben. Dadurch ist aber auch ihnen ein rascherer Umsatz und daher bessere Geldflüssigkeit gewährleistet.

Dieses rationelle Wirtschaften mit Betriebskapital wird aber um so gebieterischer in einem Augenblick, da man endlich einzusehen beginnt, daß alles aufgeboten werden muß, um in der deutschen Produktion mit der Spezialisierung der Betriebe und der Typisierung der Erzeugnisse den Vorsprung des Auslandes wieder einzuholen. Ein solch großzügiger, durchgreifender Umstellungsprozeß, der zu immer stärkerer Spezialisierung der Herstellung im einzelnen Werk führt, läßt sich weit eher bewerkstelligen, wenn diesem Zweck eine große Anzahl von Betrieben zur Verfügung stehen, die ihre Selbständigkeit einem großen Gesamtplan unterzuordnen haben. Daß damit eine bedeutende Unkostenverminderung herbeigeführt werden kann, bedarf hier keiner weiteren Erläuterung. Womit freilich noch keineswegs ausgedrückt ist, daß diese Preisverminderung in vollem Ausmaß auch im Marktpreis zum Ausdruck kommt und nicht in erheblichem Umfang durch den höheren Gewinn der Gesamtunternehmung zum Ausdruck kommt!

Aus alledem geht klar hervor, daß die Zusammenschlußbewegung noch keineswegs zur Verlangsamung gekommen ist. Die alten Ursachen bestehen vielmehr unvermindert fort, neue sind hinzugetreten. Nur die planlose, unsystematische Form der Konzentration hat Schiffbruch gelitten und die herrschende Wirtschaftskrise verschärft; diese letztere wiederum wurde aber zu starkem Hebel weiterer Konzentration speziell in der Eisenindustrie, wie sie neuerdings in der großen Vertrufung der westdeutschen Eisenindustrie zum Ausdruck kommt.

Zur Neuorientierung in der Wirtschaft

Fritz König (Stuttgart)

I. Problematisches zur Ruhrtrufbildung

Aus der Tatsache, daß die bisherigen Formen und Methoden der industriellen Konzentration weder eine Rationalisierung der Produktion noch eine Verminderung der Verwaltungskosten, ja in vielen Fällen nicht einmal die Ausschaltung der Konkurrenz innerhalb der Konzerne bewirken konnten, ergab sich die Notwendigkeit eines Systemwechsels der Kapitalkonzentration. Dieser Wechsel kommt in der Ara der neuen **horizontalen Trufbildungen** zum Ausdruck, das heißt in der Zusammenlegung gleichartiger Unternehmungen auf dem Wege der **völligen Verschmelzung**, der Fusion. Anstelle der früher üblichen Vertragsgemeinschaften, der konzernmäßigen Zusammenfassung rechtlich selbständiger Unternehmungen tritt die **Eigentumsgemeinschaft**, der Truf.

Die horizontale Konzentrationsbewegung in der deutschen Industrie hat

durch umfassende Vereinigungsmaßnahmen in der **oberschlesischen Montanindustrie** (Vereinigte Oberschlesische Hütten-Gesellschaft), in der **Chemie- und Farbenindustrie** (Anilin-Trust) sowie in der **Kaliindustrie** und im **Mühlengewerbe** bereits zu positiven Ergebnissen geführt. Aber alle diese Gebilde werden durch den westdeutschen Montantrust, der durch die Gründung der „**Vereinigten Stahlwerke A.-G.**“ greifbare Gestalt angenommen hat, weitans in den Schatten gestellt. Die, wenn auch nicht de jure, so doch de facto vollzogene Gründung des **Ruhrtrusts** bedeutet den Anfang einer neuen Epoche schwerindustrieller Wirtschaftspolitik. Sie bedeutet mehr als ein Zurückkehren zur horizontalen Konzentration. Es hat Monate gedauert, bis das Stadium der Verhandlungen zwischen den einzelnen bei der Gründung des Trusts beteiligten Unternehmungen überwunden war und eine Einigung in der **Quotenfrage** zustande kam. Bei den weiteren Verhandlungen wird die **Steuerfrage** zweifellos im Vordergrund stehen. Aber auch sonstige Fragen finanztechnischer und produktionspolitischer Art werden bei der notwendigen Vereinheitlichung der Produktionsmittel, das heißt bei der Herstellung einer **Besitzgemeinschaft** nicht ohne Schwierigkeiten zu lösen sein. An der tatsächlichen Gründung des Trusts kann indessen nicht mehr gezweifelt werden.

Der Ruhrtrust stellt eine neue, in Deutschland bisher nicht übliche Art der Konzentration dar. Es handelt sich hier um den ersten wirklichen Trust der Schwerindustrie, um einen Zusammenschluß, der sich nicht in der bisherigen Beteiligungs- und Interessengemeinschaftsform vollzieht, sondern durch völlige Verschmelzung. Die äußere Form des Produktionsriesen liegt fest. Die Spitzengesellschaft des Ruhrtrusts, die „**Vereinigte Stahlwerke A.-G.**“ wird folgende Gruppen umfassen:

1. die **Rheinelbe-Union** (früher Stinnes) mit ihren Werken Gelsenkirchen, Deutsch-Luz und Bochumer Verein; 2. die **Thyssen-Gruppe**; 3. die **Gruppe Phönix-Van der Byen** und 4. die **Rheinstahl-Gruppe**. Diese Firmen, die bisher schon Spitzengesellschaften eigener umfangreicher Konzerne darstellten, bringen in den Trust folgende Werke ein: Die **Rheinelbe-Union** sämtliche Berg- und Hüttenanlagen von Gelsenkirchen (mit Ausnahme der Zechengrube Monopol) und sämtliche Werke von Deutsch-Luz; **Thyssen** die Werke der August Thyssen-Hütte und der Gewerkschaft Friedrich Thyssen, den Hüttenbetrieb Meiderich, die Maschinenfabrik Thyssen in Mülheim a. d. Ruhr und die Handelsgesellschaft Thyssen in Mülheim; **Phönix-Van der Byen** sämtliche Werke (mit Ausnahme der Braunkohlengrube Van der Byen); die **Rheinstahl-Gruppe** bringt ihre sämtlichen Eisenwerke ein, umfassend die Hüttenanlagen in Meiderich und Duisburg, die Kaltwalz- und Röhrenwerke Hohenlimburg-Wickede sowie die Röhren- und Preßwerke Hilden, Benrath und Immigrath.

Der immobile Wert des Ruhrtrusts, der bei vollem Betrieb über 200 000 Arbeiter beschäftigen dürfte, ist auf mindestens 4 Milliarden zu veranschlagen. Das Trustskapital wird 700 Millionen Reichsmark Trustaktien betragen, von denen rund 100 Millionen für **Angliederungen** usw. in „Reserve“ bleiben sollen. Darüber hinaus ist beabsichtigt, der neuen Trustgesellschaft noch ein Kapital von 120 Millionen Reichsmark Genußscheinen zu geben. Diese sollen zum Ausgleich für die Abgeltung von Beteiligungen, Vertragsrechten (Patenten, Lizenzen usw.) und Verschiedenheiten in der Bewertung der einzelnen Werke dienen, die nach den angewandten großen Maßstäben nicht ausgeglichen werden können. Der Schlüssel, nach dem die bisherigen Werksgruppen an dem Ruhrtrust beteiligt sind, steht bereits fest. Die Quoten verteilen sich folgendermaßen: Rheinelbe-Union 39½ Prozent, Thyssen und Phönix je 26 Prozent und Rheinstahl 8½ Prozent. Daraus ergibt sich die Größenordnung.

Die Rolle, die der Ruhrtrust in der deutschen Eisen- und Kohlenindustrie spielt, wird ferner durch die Höhe der Beteiligungsziffern an den Syndikaten ersichtlich. Diese dürften beim Kohlensyndikat etwa 40 Prozent, bei der Kohstahlgemeinschaft 45 Prozent und beim Halbzeugverband 60 Prozent betragen. Danach wird der Einfluß des Trusts bei allen Kartellen und Syndikaten von maßgebender Bedeutung sein.

Bei der Kapitalverschachtelung und den weitläufigen Interessengemeinschaften, die zwischen den einzelnen Trustpartnern und verschiedenen großen Kapitalgruppen des In- und Auslandes bestehen, werden durch die Gründung des Ruhrtrusts eine ganze Reihe von Problemen aufgeworfen, die noch der Lösung harren. Soweit es sich um ausländische Industrie- und Kapitalmächte handelt, die an dem Ruhrtrust interessiert sind, ist zunächst das Verhältnis zwischen der Rheinelsbe-Union und der Österr. Alpen Montan-Gesellschaft in Wien zu klären. Rheinelsbe und Alpine bilden seit Jahren eine feste finanzielle und produktionstechnische Interessengemeinschaft, die auch im Ruhrtrust Berücksichtigung finden dürfte. Bei der engen Verknüpfung der beiderseitigen Interessen wird die Alpine, die das größte österreichische Montanunternehmen darstellt, an dem westdeutschen Eisen- und Montantrust in irgendeiner Form partizipieren. Die Alpine verfügt über das größte geschlossene Erzvorkommen Mitteleuropas, den steiermärkischen Erzberg, und über eine jährliche Förderungsmöglichkeit von über 2 Millionen Tonnen Erz. Die Gesellschaft wird daher im Ruhrtrust einen bedeutenden Aktivposten darstellen.

Ein weiteres Problem von internationaler Bedeutung und Auswirkung ist für den Ruhrtrust die englisch-amerikanische Finanzierung und Schuldenkonsolidation der Rheinelsbe-Union und Thyssen und im Zusammenhang damit die Beteiligung der amerikanischen Finanzgruppe Dillon Read am Ruhrtrust. Vor ungefähr Jahresfrist wurde die Thyssen-Gruppe durch Dillon Read finanziert und im Herbst 1925 ging aus der Stinnesmasse ein bedeutendes Paket an Aktien der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. (Rheinelsbe-Union) aus dem Besitz der Familie Stinnes an Dillon Read über. Damit besteht fürs erste noch keine organische Verbindung zwischen deutschen und amerikanischen Stahlinteressen. Aber im Hinblick darauf, daß der Ruhrtrust mit seiner Produktionskapazität von 8 Millionen Tonnen Stahl beträchtliche Wirkungen auf die amerikanische Stahlindustrie, deren Hauptexponent die Dillon Read-Gruppe ist, haben dürfte, ist es sehr wahrscheinlich, daß sich die finanzielle Beteiligung von Dillon Read bei Deutsch-Lux bald zu einer festen produktionspolitischen Interessengemeinschaft mit dem Ruhrtrust verdichten wird. Diese Entwicklung würde auch durchaus den letzten Zielen der Ruhrtrustgründung dienen, die ohne Zweifel als Auftakt zu großen internationalen Vereinbarungen auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlproduktion zu werten ist.

Während so durch internationale Interessenverknüpfungen, im besonderen zwischen der Rheinelsbe-Union und ausländischen Kapitalgruppen, mit einer Erweiterung und Internationalisierung des Ruhrtrusts gerechnet werden kann, ist durch die Trustgründung andererseits das Fortbestehen einer Anzahl von Interessengemeinschaften zwischen einzelnen Trustpartnern und deutschen Firmen und Industriegruppen problematisch geworden. Bezüglich der

Rheinelbe-Union steht hier die Frage im Vordergrund: Was wird aus der **Siemens-Rheinelbe-Schudert-Union**, dem vertikal gegliederten Elektro-Montan-Konzern, der Gründung von Hugo Stinnes? Es ist durchaus naheliegend, daß die bisherige Interessengemeinschaft, die die **ERSU** darstellt, durch den nunmehr erfolgten horizontalen Zusammenschluß im Ruhrtrust nicht unberührt bleibt, und daß es zu einer Neugestaltung des bisherigen Verhältnisses, wenn nicht gar zu einer Aufhebung des zwischen Rheinelbe und Siemens-Schudert auf 99 Jahre abgeschlossenen Interessengemeinschaftsvertrages kommt. Dadurch würde das in der **ERSU** zum Ausdruck kommende Prinzip des vertikalen Trusts, wie es sich in fabrikatorischer Beziehung aus der bisherigen Form der Interessengemeinschaft entwickeln sollte, eine grundlegende Veränderung erfahren. Mit einer Wiedererlangung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Elektro-Gruppe Siemens-Halske-Schudert würde aber auch der Weg frei zu neuen internationalen Zusammenschlüssen auf horizontaler Grundlage, wie sie auf der Tagung des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie im besonderen von dem Direktor der **AGB**, Herrn Geheimrat **Deutsch**, und von dem Vorsitzenden des Direktoriums der **Osram-Gesellschaft**, Herrn Dr. **Reinhardt**, propagiert wurden. Erst vor kurzem erklärte Herr Geheimrat **Deutsch** weiter, er sähe drei Stadien für die wirtschaftliche Wiedergeburt voraus:

1. die horizontale Konzentration in West- und Mitteleuropa einschließlich Englands,
2. die harmonische Fneinanderfügung gleicher Industrien der einzelnen Nationen und
3. die Erweiterung der Abmachungen zwischen Europa und Amerika.

Die wirtschaftliche Zukunft könne nur auf der Bildung großer internationaler Unternehmungen beruhen.

So ist es bei der heute herrschenden Tendenz zur Rationalisierung und zur horizontalen Trustbildung nicht ausgeschlossen, daß sich die beiden größten deutschen Rivalen auf dem Gebiet der Elektroindustrie, der **AGB**- und der **Siemens-Schudert-Konzern**, wenn auch nicht gleich zu einer Fusion, so doch in irgendeiner Form von Interessengemeinschaft zusammensuchen. Es liegt dies um so mehr im Bereich der Möglichkeiten, als sich die beiderseitigen Interessen schon seit geraumer Zeit bei verschiedenen Unternehmungen, wie der **Osram-Gesellschaft**, **Elektro-Treuhand**, **Telefunken** u. a. berühren. Mit der Verbindung **AGB-Siemens-Halske-Schudert** würde eine Zusammenballung der deutschen Elektroindustrie perfekt, die mit ihren Produktions-, Holdings- und Handelsgesellschaften in der Folge nicht nur auf dem europäischen Kontinent dominierend wäre, sondern die auch beispielsweise den großen amerikanischen Trust, die **Electric Company** in Newyork (mit der übrigens die **AGB** seit Jahren in gewisser Verbindung steht) weit überragen würde.

Wie man sieht, zeitigt die Ruhrtrustbildung eine ganze Reihe neuer Probleme, und zwar lassen die hier angedeuteten nationalen und internationalen Verknüpfungen und Entwicklungsmöglichkeiten eine Perspektive von gewaltigem Ausmaß erkennen. Die Vertrustung des Industrie- und Finanzkapitals stellt die Arbeiterschaft vor die Aufgabe, der kapitalistischen Machtentfaltung durch Festigung der eigenen gewerkschaftlichen und politischen Organisation zu begegnen.

II. Die Konsequenzen des privaten Kollektivsystems

Die Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Zustände Europas hat eine Entwicklung hervorgerufen, die in der Geschichte der deutschen Wirtschaft in ähnlicher Weise bisher nicht in Erscheinung trat. Diese Entwicklung findet in der Entselbständigung und Enteignung auch der größten und geschlossensten Konzerne und Familienunternehmungen (Thyssen) beredten Ausdruck. Inwieweit eigenes Verschulden, Mißwirtschaft und mangelnde Organisationsfähigkeit der Wirtschaftsführer zur „Schicksals“- und Eigentumsgemeinschaft innerhalb einheitlicher Produktionszweige geführt hat, soll hier nicht untersucht werden. Es ist ja wohl unbestritten, daß die anarchische Wirtschaftspolitik der Industrie an der heutigen Wirtschaftskrise ihren redlichen Anteil hat.

Die Reorganisation der deutschen Wirtschaft ist aber nicht ausschließlich vom Standpunkt der Rationalisierung zu werten und sie darf vor allen Dingen nicht nur als eine Angelegenheit des Privatunternehmers betrachtet werden. Es handelt sich hier nicht zuletzt um eine soziale Frage. Schon im Hinblick auf gewisse machtpolitische Tendenzen, die sich gegen den Staat und die Arbeiterschaft richten, darf sich die Öffentlichkeit angesichts der neueren Entwicklung nicht passiv verhalten. Die Kollektivität der Privatwirtschaft, die in der heutigen Kartellierung, Syndizierung und Vertrustung zum Ausdruck kommt, verpflichtet und berechtigt den Staat zu Kontrollmaßnahmen. Die Zeit des Manchesterturns ist vorbei. Der wirtschaftliche Individualismus und Liberalismus hat einem privattapitalistischen Kollektivismus Platz gemacht; der Unternehmer von ehemals ist verschwunden. Die „Wirtschaftsführer“ haben erkannt, daß der unentwegte Kampf Aller gegen Alle den Untergang der Privatwirtschaft beschleunigen würde. Sie haben die Theorie des *laissez passer, laissez faire*, „das freie Spiel der Kräfte“, über Bord geworfen. Heute stellt sich die Industrie gelegentlich unter öffentliche Fürsorge, läßt sich staatliche Kredithilfe und Subventionen gefallen. Der Bankrott der Ideologie des Wirtschaftsliberalismus wird dadurch offenkundig. Angesichts der Unfähigkeit des Privattapitals, aus eigenen Kräften die wirtschaftlichen Verhältnisse zu meistern, erwächst dem Staat die Pflicht, sich im Interesse der Volkswirtschaft einen gebührenden Einfluß auf die großen Industrieunternehmungen zu sichern und bei der sich vollziehenden Neuorientierung aktiv in den Wirtschaftsprozess einzugreifen.

Allmählich drängt sich weiten Kreisen die Erkenntnis auf, daß das Problem der Rationalisierung und Reorganisation der Wirtschaft ohne die Mitarbeit der Arbeiter und Angestellten schlechterdings überhaupt nicht zu lösen ist. In einem im „Magazin der Wirtschaft“ erschienenen Aufsatz, betitelt „Der Ruhrtrust“, weist Georg Bernhard darauf hin, daß ohne Mitarbeit und Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft ein wirtschaftlicher Aufstieg unmöglich ist. Er schreibt u. a.:

„Walter Rathenau ist es gewesen, der darauf hingewiesen hat, daß die horizontalen Zusammenfassungen die Möglichkeit geben, die Arbeiterschaft zu tätiger Mitarbeit heranzuziehen. In der Mitwirkung bei der Leitung der zusammengelegten Gewerbe liegt der Keim zu einer Gemeinwirtschaft der Zukunft. Das deutsche Unternehmertum sollte endlich einmal zu der Erkenntnis kommen, daß auch die Wirtschaft und die Methoden des Wirtschaftens der Entwicklung unterliegen. Eine derjenigen geistigen und ökonomischen

Strömungen, die an die Pforte der deutschen Wirtschaft pochen, ist der Sozialismus. Nur ganz kurzfristige Unternehmer können verkennen, daß in ihm der Keim zu dem enthalten ist, was in Zukunft einmal sein wird. Daß es auf die Dauer gelingen könnte, die Arbeiterschaft niederzuhalten, glaubt nach den Erfahrungen der letzten Jahre niemand mehr. Wirklich produktive Arbeit ist ohne Mitwirkung der Arbeiterschaft nicht zu leisten. Namentlich sind so große Umstellungen, wie sie die Rationalisierung durch horizontale Zusammenfassungen erfordern, ohne die Mithilfe der Arbeiterschaft selbst gar nicht durchzuführen.“

So wenig sich das Unternehmertum über die Konsequenzen Gedanken macht, die sich aus ihrer von Grund aus veränderten Ideologie bzw. aus dem Bekenntnis zum Kollektivismus ergeben, so wenig werden Ermahnungen, wie die oben zitierte, bei den „Herren im Hause“ nennenswerte Eindrücke hervorrufen. Die Arbeiterschaft wird immer soviel Rechte und soviel Einfluß haben, als sie sich selbst erkämpfen kann. Sie wird demnach gut tun, sich keinen vagen Hoffnungen hinzugeben, sondern auf die eigene Kraft zu vertrauen. Ziehen die Arbeitnehmer aus den Vertrustungs- und Kartellierungsbestrebungen des Unternehmertums die richtige Nutzenanwendung und scharen sie sich geschlossen um ihre gewerkschaftlichen Organisationen, dann wird es ihnen gelingen, sich als Hauptfaktor des Produktionsprozesses erhöhte Geltung zu verschaffen. Und der Kampf um den gerechten Anteil am Arbeitsertrag wird erfolgreicher sein, als dies bisher der Fall war.

Das Wirtschaftsjahr 1925

F. Petrich (Gera)

VII. Der Außenhandel

Nächst der Produktion erfreut sich der deutsche Außenhandel optimistischer Beurteilung. Man nimmt die Außenhandelsstatistik her und stellt die zunehmende Aktivierung der Handelsbilanz fest. Die Zahlen geben (in Millionen Mark) folgendes Bild:

Jahr und Monat	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamt- Einfuhr - Ausfuhr + Überschuß	Einfuhr - Ausfuhr + Überschuß des reinen Waren- handels (ohne Gold u. Silber)
Monatsdurchschnitt 1913 . . .	933,8	849,9	- 83,9	- 56,1
1924 . . .	776,4	547,2	- 229,2	- 217,0
November 1924 . . .	1048,3	643,5	- 404,8	- 393,6
Januar 1925	1372,1	697,4	- 674,7	- 586,9
Februar 1925	1124,7	631,4	- 493,3	- 441,4
März 1925	1110,5	711,2	- 399,3	- 328,7
April 1925	1080,9	672,4	- 408,5	- 336,8
Mai 1925	1084,0	732,2	- 351,8	- 265,6
Juni 1925	1071,8	687,7	- 384,1	- 323,5
Juli 1925	1180,0	746,5	- 433,4	- 411,2
August 1925	1303,5	727,5	- 576,0	- 454,0
September 1925	1089,1	780,2	- 308,9	- 278,0
Oktober 1925	1118,9	850,3	- 268,6	- 228,8
November 1925	894,3	797,0	- 97,3	- 64,6

Die Abnahme des Einfuhrüberschusses ist unverkennbar. Wir dürften es hier, wenn nicht alles trügt, mit einer anhaltenden Erscheinung zu tun haben. Zur Genugtuung ist aber noch gar kein Anlaß vorhanden. Betrachtet man die 11 Monate des Jahres 1925 insgesamt, so ist der Einfuhrüberschuß fast doppelt so hoch als 1924: rund 4 Milliarden gegen rund 2,5 Milliarden! Der rapide Rückgang des Einfuhrüberschusses im November ist zweifellos keine bloße Angelegenheit der Handelsbilanz, sondern es ist die Widerspiegelung der Wirtschaftskrise: Einfuhr und Ausfuhr gehen zurück. Darüber noch Befriedigung empfinden zu wollen, ist Geschmackssache.

Die fernere Gestaltung der deutschen Außenhandelsbilanz hängt aufs innigste zusammen mit der deutschen Produktionsleistung, mit der Rationalisierung der Betriebe, mit der Hervorbringung von Qualitätsarbeit, die auf dem Weltmarkt bestehen kann. Von der Lösung dieser brennenden Frage hängt in höchstem Maße die wirkliche Aktivierung der deutschen Handelsbilanz ab.

VIII. Konzentration und Ausdehnung

Der Zusammenbruch der großen vertikalen Inflationskonzerne hat den Konzentrationsprozeß in der deutschen Wirtschaft keineswegs zum Stillstand gebracht. Im Gegenteil, überblickt man den chronologischen Ablauf der Konzentrationsvorgänge, die Häufigkeit der Zusammenschlüsse und Interessenerweiterungen, so kommt man zu dem Resultat, daß hier nach wie vor eine außerordentlich große Betriebsamkeit herrscht. Aus der Fülle der Konzentrationsvorgänge seien einige markante Punkte als typisch und richtungweisend herausgehoben: Erstens der restlose Zusammenschluß der chemischen Industrie, zweitens die Rohstoffgenossenschaft, der die noch straffere Zusammenfassung der Eisen- und Stahlindustrie auf ausgesprochen produktivtechnischer Basis folgen wird, drittens der Zusammenschluß der deutschen Petroleumindustrie. Es sind noch eine große Zahl weiterer wichtiger Konzentrationen zu verzeichnen, aber diese wenigen großen zeigen uns klar und deutlich, in welcher Richtung sich der Kurs bewegt: Der Produktionsstrust auf horizontaler Grundlage ist das nächste allgemeine Ziel. Unter dem Zwang der Verhältnisse wird der neue, eigentlich alte Kurs, mit großer Zähigkeit verfolgt. Die Ursachen für die Rückkehr zu der früheren Konzentrationsform lassen sich unschwer finden: Einmal haben sich die gigantischen Inflationsgebilde à la Stinnes als absolut unmöglich erwiesen, zum andern kommt es jetzt, nach der Inflation, wirklich auf die produktive Leistungsfähigkeit an. Die Zeit des Valutadumping ist für die deutsche Industrie vorbei, es kommt nunmehr auf die reelle Leistung auf dem Weltmarkt an. Da sind wir, von einigen günstigen Ausnahmen abgesehen, noch recht weit zurück. Die Konzentrationsvorgänge hängen also mit dem Problem der Rationalisierung eng zusammen. Ob allerdings der Kapitalismus, soweit es ihn selbst angeht, alte Einrichtungen, überholte Betriebe, verfehlte Produktionsmethoden mit der Schnelligkeit und Gründlichkeit ausmerzen wird, wie die Lage es erfordert, oder ob nicht, wie bisher, ein derartiger Produktionsballast noch immer weiter mitgeschleppt wird, das wird eingehend zu beobachten sein.

Die Arbeiterklasse hat an diesen Fragen das lebhafteste Interesse, sowohl vom produktions- und wirtschaftspolitischen, wie auch besonders vom gewerkschaftspolitischen Standpunkte. Da liegt es auf der Hand, daß die Pro-

duktionstrusts, ausgestattet mit gewaltigen Kapitalmassen, der Ausdruck einer enormen wirtschaftlichen und politischen Macht, geführt von Männern, deren Verantwortungsbewußtsein und Machtzettel oft im umgekehrten Verhältnis zueinander stehen, eine aggressive Politik gegen die Gewerkschaften versuchen werden. Gegen diese Gefahr müssen die Gewerkschaften gerüstet sein, und der Gedanke der Industriebereinigungen gewinnt angesichts der neuen Konzentrationspolitik des Großkapitals erhöhte Bedeutung.

IX. Ausblick

Die deutsche Wirtschaft ist unter den schwierigsten inneren und äußeren Umständen in das neue Jahr getreten. Die Zahl der Konkurse hat im Dezember die noch nicht dagewesene Höhe von nahezu 1600 erreicht. Das Millionenheer der Erwerbslosen und Kurzarbeiter schwillt von Woche zu Woche weiter an. Ist der Tiefstand der Krise erreicht? Der Wunsch aller kann nur sein, daß das Übel nicht noch weiter um sich greifen möge, aber die Voraussetzungen, die zu diesem Wunsch berechtigen, sind gering. Die kapitalistischen Wirtschaftsmächte betreten das neue Jahr ebenso wirr und directionslos, wie sie das alte Jahr durchlaufen haben. Rationalisierungsbestrebungen kreuzen sich mit destruktiven Tendenzen, nirgends Planmäßigkeit, Organisation, wirkliche Zusammenfassung, und die parasitären Erscheinungen sind dieselben geblieben. Das sind keine günstigen Bedingungen für die Milderung und Überwindung der Krise. Zu der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit kommt die nicht weniger gefährliche politische Ungewißheit, die selbstverständlich nicht geeignet ist, einer Konjunkturbesserung den Weg zu ebnen.

Im Angesicht dieser außerordentlich schwierigen Lage geht die Arbeiterklasse einem Jahr großer Gefahren, Konflikte und Kämpfe entgegen. Sie wird sich nur zu behaupten vermögen, wenn sie ihre Kräfte bis zum Äußersten sammelt, fest zusammensteht und dem Kampf nicht ausweicht, wenn der Gegner glaubt, anders die Nöte der Zeit nicht mehr meistern zu können. Bei allem, was auch kommen möge, müssen die proletarischen Massen immer von dem stolzen Bewußtsein erfüllt sein, daß die heute noch Herrschenden die Mächte der Vergangenheit sind, die untergehen müssen, und daß die kämpfende Arbeiterklasse der Träger einer schöneren Zukunft ist.

Eine verkannte Wissenschaft

Heinrich Teuber (Bochum)

Viele Zeitungsleser empfinden beim Anblick von Zahlentabellen ein leises Gruseln. Sie halten eine Reihenfolge von Ziffern für uninteressant und geistlos, gehen daher schnell darüber hinweg. Sehr mit Unrecht, denn eine kleine statistische Darstellung bietet oft mehr Belehrung als mancher lange Artikel. Nur muß man sie zu lesen verstehen, muß die lebendige Seele der Statistik zu finden wissen. Wem das gelingt, der entdeckt in den trockenen Zahlenkolonnen mehr Stoff zu nutzbringender Zerstreuung, als in allen Kreuzworträtseln der Welt. Womit aber gegen geistregenden Rätselsport nichts gesagt sein soll.

Als Einführung in die Kunst, statistische Zahlen mit innerem Gewinn zu lesen, eignet sich das Ergebnis der letzten Volkszählung. Es erschließt Einblicke vielfacher Art, hilft dem Denkenden zu einem klaren Bilde von Deutschland und seinen Bewohnern. Wer sich in die Zahlenreihen vertieft, findet überraschende Aufschlüsse über wirtschaftsgeschichtliche, geographische und bevölkerungspolitische Fragen. Zum Beweise dessen seien hier einige Beispiele angeführt. Bemerkte sei, daß die vorletzte Volkszählung am 1. Dezember 1910, die letzte am 16. Juni 1925 stattfand. Die Zahlen betreffen stets die Wohnbevölkerung, nicht die zufällig ortsanwesende, die das wahre Bild etwas verschieben würde. Auch ist für beide Zählungen das Reich in seinen heutigen Grenzen maßgebend, aber ohne das Saargebiet, das ja vorläufig noch der deutschen Verwaltung entzogen ist.

Zwischen die zwei letzten Volkszählungen fällt der Weltkrieg. Er hat zwei Millionen Deutsche direkt getötet, hat Hunderttausende einen langsamen Hungertod sterben lassen und einen starken Geburtenrückgang verschuldet. Dennoch ist die Volkszahl gewachsen. Sie betrug 1910. 57 798 000, 1925 aber 62 365 000 Köpfe. Die Zunahme beläuft sich also auf 4 567 000 oder 7,90 Prozent. Der furchtbare Aderlaß hat demnach den deutschen Volkskörper mehr in der Qualität als in der Quantität geschwächt.

Die Wohndichtigkeit nimmt von Osten nach Westen zu. Es entfallen Bewohner auf einen Quadratkilometer in den preußischen Regierungsbezirken:

Schneidemühl	43,2	Arnberg	354,7
Allenstein	46,9	Röln	366,7
Köslin	48,3	Düsseldorf	699,5

Der Freistaat Sachsen wetteifert an Volksdichte mit dem Westen. Auf den Quadratkilometer entfallen 333,2 Bewohner, womit Sachsen an der Spitze aller deutschen Länder steht. Die Hansastädte haben allein größere Wohndichte, als „Länder“ sind sie aber kaum anzusprechen, wenn sie gleich selbständige Staaten darstellen. Gleichmäßig verteilt ist natürlich auch in Sachsen die Bevölkerung nicht. In den einzelnen Kreishauptmannschaften kommen auf den Quadratkilometer Bewohner: Chemnitz 471,1, Leipzig 366,9, Zwickau 335,8, Dresden 321,4, Bautzen 187,1. Der schwächstbelebte Bezirk Sachsens ist also immer noch stärker besiedelt, als jedes andere deutsche Land im Durchschnitt aufweisen kann. Das geht hervor aus nachstehender Darstellung. Es haben Bewohner pro Quadratkilometer:

Hessen	175,1	Württemberg	132,2
Baden	153,4	Preußen	130,5
Anhalt	152,9	Bayern	97,1
Thüringen	137,3	Mecklenburg-Schwerin	51,4
Braunschweig	136,6	Das ganze Reich	133,3

Während das Verhältnis von Fläche und Einwohnerzahl mehr bevölkerungsgeographische Einblicke gewährt, gestattet die Verteilung der Geschlechter interessante soziologische Feststellungen. Bekannt ist, daß zwar mehr Knaben als Mädchen geboren werden, daß aber trotzdem das weibliche Geschlecht in der Überzahl ist. Hier die Zahlen der zwei letzten Volkszählungen:

	Männliche	Weibliche	Überschuß der Weiblichen
im Jahre 1910	28 489 787	29 308 552	818 765
„ „ 1925	30 164 608	32 200 870	2 036 262

In den Endziffern kommt der Männermord des Weltkrieges zum Ausdruck — er ließ den weiblichen Überschuf stark anwachsen. Im ganzen Reiche kommen auf 1000 Männer 1068 Frauen; 1910 war das Verhältnis 1000 : 1029. Die Verteilung der Geschlechter ist nicht überall gleich, sie wechselt sehr stark. Gibt es doch in Preußen vier Zählbezirke, die aller Erwartung entgegen einen Überschuf an Männern aufweisen! Man sehe:

Regierungsbezirk		Überschuf an	Auf 1000 Männer kommen	
		Männern am 16. 6. 1925	1925	1910
Lüneburg	1519	995	951
"	Stade	2053	991	968
"	Münster	12641	980	948
"	Arnsberg	24148	982	933

Die starke Überzahl der Männer in den Bezirken Münster und Arnsberg erklärt sich zwanglos aus der hier heimischen Schwerindustrie. Sie gibt nur Männern Arbeit, lockte seit jeher viele Ledige aus anderen Gegenden heran. In Westfalen fehlt jedes den Frauen zugängliche Großgewerbe gänzlich, während im Rheinlande eine starke Textilindustrie gegenüber den Bergwerken und Eisenhütten einen Ausgleich schafft. Umgekehrt liegt es in den rein ländlichen Bezirken Lüneburg und Stade. Hier treibt der Zwang zum Broterwerb, den sie daheim nicht finden, die jungen Mädchen in die nächsten Großstädte, nach Hannover, Bremen, Hamburg-Altona. Überhaupt ist in den Großstädten der Frauenüberschuf am größten. An der Spitze der 45 deutschen Großstädte (ohne Saarbrücken) stehen:

	Überschuf an	Auf 1000 Männer kamen	
	Frauen am 16. 6. 1925	1925	1910
Berlin	823 792	1176	1100
Breslau	57 917	1233	1217
Dresden	47 314	1168	1135
Königsberg	24 184	1189	1168
Wiesbaden	13 207	1296	1279
Plauen	10 348	1205	1142

Im allgemeinen mag wohl die starke Zunahme der weiblichen Großstadtbevölkerung zusammenhängen mit der Bevorzugung weiblicher Angestellter in Kontor und Warenhaus. Oft sprechen auch lokale Eigenheiten mit: in Plauen die Textilindustrie, in Wiesbaden der Kurbetrieb mit dem übermäßigen Bedarf an weiblichem Haus- und Pflegepersonal. Als Pendant hierzu gibt es aber sechs Großstädte mit Männerüberschuf. Sie liegen sämtlich im rheinisch-westfälischen Grubenrevier — es sind typische „Kostgänger-Residenzen“. Nämlich:

	Überschuf	Auf 1000 Männer	
	an Männern am 16. 6. 25	kamen	Frauen
		1925	1910
Hamborn	7211	892	744
Duisburg	5080	963	911
Gelsenkirchen	3711	965	917
Oberhausen	1905	964	886
Bochum	1858	977	931
Mülheim a. Ruhr	87	999	927

Man beachte das allmähliche Nachdrängen der weiblichen Bevölkerung dieser „Männerstädte“ in den letzten 15 Jahren. 1910 kamen auf je 1000 Männer im Durchschnitt nur 886 Frauen, 1925 aber schon 960. Es ist anzunehmen, daß sich seit dem 16. Juni das Verhältnis zugunsten der Frauen

stark verschoben hat, denn die Krise hat viele ledige Männer zur Abwanderung gezwungen. Wie sich die Frauen selbst Kohlen- und Eisenstädte langsam erobern, lehrt das Beispiel von Essen und Dortmund, wo jetzt im Gegensatz zu 1910 die zahlenmäßige Parität der Geschlechter vorhanden ist. Es entfielen Frauen auf je 1000 Männer:

in Dortmund	1925: 1007	1910: 964
• Essen	1925: 1010	1910: 984

Von Interesse ist ferner, daß nicht alle Großstädte seit 1910 gewachsen sind. Es gibt vielmehr 6, die einen Rückgang ihrer Wohnbevölkerung aufweisen. Wir stellen ihnen die 6 Städte mit dem größten Wachstum gegenüber. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl von 1910 hatten am 16. Juni 1925 aufzuweisen in Prozent:

Rückgang		Wachstum	
Plauen i. V.	8,14	Dortmund	23,67
Mainz	8,09	Ludwigshafen	22,29
Biesbaden	5,91	Köln	21,04
Kiel	5,73	Hamborn	20,80
Elberfeld	1,86	Düsseldorf	20,17
Nachen	1,02	Duisburg	18,44

Auffallend ist, daß nicht nur alle gewachsenen, sondern auch 4 der zurückgehenden Großstädte im Westen Deutschlands liegen. Es muß anziehend sein, Ort für Ort die Ursachen dieser Erscheinung zu erforschen. Im Rahmen dieser Abhandlung ist das nicht möglich, doch sei eine Bemerkung dazu erlaubt. Der Bevölkerungsrückgang von Mainz und Kiel hängt sicher zusammen mit Deutschlands Abrüstung, führt also ins Gebiet der hohen Politik. Ehemals sehr starke Garnisonen der Landmacht und der Kriegsmarine, haben diese Städte nach 1918 den Wegfall der militärischen Bevölkerung nicht wettmachen können. Dafür spricht die Zusammensetzung der Einwohnerschaft nach dem Geschlecht: 1910 Überschuß an Männern, 1925 Überschuß an Frauen. Es kamen auf je 1000 Männer:

in Kiel	1925: 1044	1910: 847 Frauen
• Mainz	1925: 1156	1910: 977

Nach diesen Beispielen wird auch der skeptische Zahlenverächter zugeben müssen, daß die Statistik durchaus keine trockene Wissenschaft ist. Sie lähmt nicht den Geist dessen, der sich ihrer bedient, sondern belebt ihn. An sich sind die Zahlenreihen scheinbar tote Wesen — lebendig werden sie erst, wenn man sich näher mit ihnen befaßt. Ein statistisches Tabellenungetüm, wie es das Gesamtsergebnis der Volkszählung darstellt*, gleicht einer Ruß, deren Schale geknackt sein will, bevor sie ihren Kern hergibt. Er lohnt die Mühe reichlich. Noch belehrender, besonders für den aufgeklärten Arbeiter, wird das Resultat der Gewerbe- und Berufszählung sein, das erst später erscheinen wird. Die diesjährige Berufszählung ist die erste seit 1907 und wird ihrem Ergebnis jeder mit Spannung entgegensehen dürfen, der die sozialen Umschichtungen des letzten Jahrzehnts verfolgte.

Allerdings gibt schon das Ergebnis der Volkszählung Hinweise sozialer Natur genug, und soll einer davon diese Betrachtungen schließen. Jeder Lebenskundige kennt die wandernden Saisonarbeiter, die im Frühjahr an-

rückenden und im Herbst nach der Heimat zurückkehrenden Bauarbeiter, Schnitter u. dergl. Es gibt Bezirke, aus deren die ganze männliche Jugend der Arbeiterklasse im Frühjahr fortzieht und im Herbst wiederkommt, damit die Schwalben in umgekehrter Reihenfolge kopierend. Solche Landstriche hat Lippe-Detmold, deren Bewohner in ganz West- und Mitteldeutschland den Sommer über als Ziegler arbeiten. Das erklärt das eigenartige Resultat der Volkszählung im Freistaat Lippe am 16. Juni 1925:

	männlich	weiblich
Wohnbevölkerung	70006	84691
Ortsanwesende Bevölkerung	76758	89265
Differenz gegen oben	- 2128	+ 4574

Was lehren diese Zahlen, die sich in keinem anderen Lande wiederholen? Lippe, im Teutoburger Walde und dem Wesergebiet liegend, ist ein bevorzugtes Touristenland. Außerdem besitzt es eine Anzahl Bäder und Heilstätten. Es mögen sich am 16. Juni etwa 8- bis 9000 Fremde in Lippe aufgehalten haben, die als „ortsanwesend“ gezählt sind. Nur der weibliche Teil der Touristen und Badegäste erscheint in der obigen Ziffer, der männliche füllt die Lücke aus, die aus der Abwanderung der lippeischen Ziegler entstanden war, denn die Zählung war ja in der „Saison“. Ganz vermochten die fremden männlichen Gäste des Landes die Lücke nicht zu schließen, denn es fehlten dazu immer noch 2000 Männer. Daraus ist zu entnehmen, daß am Zähltag etwa 6000 Einwohner von Lippe außer Landes waren.

Klara Viebig hätte also den Schauplatz ihres Romans „Das Weibsdorf“ in das lippeische Ländchen verlegen können. Denn Dörfer mit drei Viertel weiblicher Bevölkerung findet man zur Sommerzeit in Lippe genug, während sie in der Eifel seltene Ausnahmen darstellen.



Ernste Maßnahmen gegen die englische Kohlenkrise?

Dora Fabian (Berlin)

Auch Deutschland hat seit 1918 wiederholt die Wellenschläge einer Wirtschaftskrise verspürt, jedoch bisher nicht in der jahrelang anhaltenden Form, wie dies in England der Fall. So haben denn auch die Engländer lange Zeit hindurch Gelegenheit gehabt, die Krise zu studieren, sie haben seit Jahren die Zahl von 1½ Millionen Arbeitslosen, die wir erst in den letzten Monaten erreicht und überschritten haben, sie haben die Jahre Gelegenheit gehabt, mit allerhand Mitteln an den Symptomen der Krise herumzukurieren, und sind heute so weit, sehr ernsthaft über einen Plan zu diskutieren, den die Bergarbeiterschaft in Übereinstimmung mit dem Generalrat der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei der Kohlenkommission vor kurzem vorgelegt hat.

Die Ergebnisse, die diese Kommission auf Grund von Enquêtes zutage gefördert hat, stehen in schroffstem Gegensatz zu den Forderungen der Unternehmer, und schon sie allein könnten eine ausreichende Begründung für die Vorschläge der Bergarbeiter abgeben. Nur einige charakteristische Ergebnisse dieser Untersuchungen seien hier erwähnt. 1800 verschiedene Eigentümer besitzen 3129 Kohlenbergwerke. In den Grenzbarrieren zwischen den einzelnen Gruben lagern 3½ bis 4 Milliarden Tonnen Kohle unausgebeutet. Doppelte

Schachtanlagen, fehlerhafte Methoden der Veriefelung, ungenügende und unangepasste Ausrüstung, mangelnde Ausnutzung der Nebenprodukte und der weniger ergiebigen Flöze u. a. m. sind als die wesentlichsten der Nachteile dieses unrationellen Betriebes von der Kommission aufgezeigt worden. Auf der einen Seite also Raubbau an der Grundlage der gesamten Industrie. Nun aber die Rehrseite: Der Gesamtbeitrag der Profite und der „Royalties“ (oder Grundzehnte) betrug in den Jahren von 1914 bis 1918 160 Millionen Pfund bei einem Gesamtvorkriegskapital von 135 Millionen Pfund. Nach Abzug der Steuern hat die Powell Duffryn Co., deren Kapital 656 000 Pfund betrug, innerhalb von 15 Jahren 5,7 Millionen Pfund verdient. Nach eigenen Angaben hat der Herzog von Northumberland in der Zeit von September 1924 bis September 1925 aus den Royalties die Summe von 75 431 Pfund herausgezogen, der Marquis von Bute 150 000 Pfund in der gleichen Zeit, die feudalen Herren insgesamt über 6 Millionen Pfund im Jahr. Dies alles ist geschehen zu einer Zeit, in der staatliche Subventionen, also Gelder aus den Taschen der Steuerzahler, von bisher über 20 Millionen aufgebracht werden mußten, um den Generalfreistreich zu verhindern. Diese wenigen Daten zeigen zur Genüge, daß die Ursache der englischen Kohlenkrise, die gleichzeitig eine Krise der gesamten englischen Wirtschaft bedeutet, keine Folge der „exorbitanten Lohnforderungen“ sind, die, wie die Vertreter der Bergwerksherren in der Kommission vorbrachten, Profite unmöglich machen, sondern daß in erster Linie die Unfähigkeit und Einsichtslosigkeit der Unternehmerschaft die englische Wirtschaft mit in dieses Chaos herein- „geführt“ hat. Angesichts dieser Tatsachen hat die Arbeitnehmerschaft des Landes den erwähnten Plan zur Sanierung der Wirtschaft auf dem konstruktiven Gedanken einer völligen Umgestaltung der ökonomischen Kräfteverteilung, auf der Grundlage der **Nationalisierung der Kohle** aufgebaut. Die Grundgedanken des Programms sind kurz die folgenden: Die Umbildung und Bergesellschaftung des gesamten Kohlenbergbaus in Verbindung mit der elektrischen Kraft und aller Nebenprodukte, Koks und rauchloser Feuerung, Heizöl, Gas und Ammoniak ist nur denkbar in Verbindung mit einer **Zusammenfassung der gesamten Kraftunterlagen der britischen Wirtschaft**. Daher ist die Organisation in der Weise vorgesehen, daß einer Reihe von Körperschaften die Gesamtleitung übertragen werden soll, einer Kommission, der die Kontrolle über die gesamten Kraftanlagen und Transportorgane der Wirtschaft unterstellt würde. In dieser an der Spitze der **staats-eigentümlichen Kohlenindustrie** stehenden Kraft- und Transportkommission, die aus sechs Mitgliedern bestehen soll, soll je ein Fachmann für Kohle, Elektrizität, Gas, Transport, kaufmännische Fragen und Arbeiterfragen vertreten sein. Die Kommission ist dem Handelsministerium anzugliedern. Unter dieser Spitzekommission soll ein nationaler **Kohlen- und Kraftproduktionsrat**, bestehend aus Technikern und Arbeitern, stehen, darunter **Provinzialräte**, und schließlich **Gruben- bzw. Betriebsräte**. Neben diese Körperschaften, die für die Produktion verantwortlich sind, sollen als Ergänzung ein **Konsumentenrat** und eine **Kohlenexportkommission** gestellt werden. Aus diesem Schema ergibt sich, daß hier die einzig mögliche Form der Sozialisierung, die Vollsozialisierung mit der notwendigen Ergänzung des organisch aufgebauten Räte-systems in **Aussicht** genommen ist. Die englischen Genossen taten Recht daran, über die

Debatten von Teilfragen, wie Lohn und Arbeitszeit, hinausgehend, das Grundproblem aufzurollen und die Frage zu stellen: Privateigentum oder Gemeineigentum, und so eine grundsätzliche Stellungnahme zu erzwingen. Diese Frage liegt freilich in England seit Jahren in der Luft. Nur hat niemand gewagt, sie bisher so klar auszusprechen. Wenn Lloyd George im Juni 1924 in der Denkschrift „Kohle und Kraft“ bereits sozialistische Gedankengänge seinen kapitalistischen Zielen nutzbar zu machen suchte, so war damit der Anstoß gegeben, der den Stein ins Rollen brachte. Ob in der Kohlenkommission heute schon die Vernunft der Wirtschaft über die Unvernunft der Wirtschaftsführer siegen wird oder nicht, ob der Plan der Bergarbeiter angenommen oder abgelehnt wird: die Schicksalsfrage der kapitalistischen Wirtschaft ist hier gestellt und sie wird nicht wieder von der Tagesordnung abgeseht werden können.

Der Reparationsagent berichtet

Tory Sender

II.

Eine der Hauptforderungen des Dawesplanes war die nach einem ausgeglichenen Staatshaushalt. Dieses Verlangen wurde nicht nur erfüllt, sondern das tatsächliche Aufkommen hat die Schätzung des Voranschlags weit übertroffen. Ein Ergebnis, das von den Arbeitervertretern im Parlament bei der Stats- und Steuerberatung vorausgesagt war. Wenn aber gerade in den letzten Wochen aus den Kreisen der Unternehmer immer wieder herausgestrichen wird, daß es untragbar sei, wenn aus der deutschen Wirtschaft viel zu hohe Steuerbeträge herausgenommen würden, so sei doch darauf verwiesen, daß das Mehraufkommen der Steuer im Jahre 1924/25 im wesentlichen auf die höheren Erträge der Einkommensteuer aus dem Lohnabzug und der Umsatzsteuer zurückzuführen ist, daß es also nicht in erster Linie die Unternehmer, sondern vielmehr die breiten Massen sind, die hierzu beigetragen haben. Ist doch das Aufkommen an Umsatzsteuer auf 1260 Millionen geschätzt, aber mit 1798,5 Millionen eingegangen, so daß allein aus dieser schweren Massenbelastung ein Steuerplus von 538,5 Millionen eingegangen ist. Im ganzen betrug in diesem Jahre der Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben 892 Millionen Reichsmark. Wenn es auch richtig war, in diesem Jahre, in dem noch keine Reparationszahlungen aus dem Staatshaushalt für Reparationszwecke zu leisten waren, Vorsorge für die Zukunft zu treffen, so müssen wir doch diese auf Kosten der breiten Massen betriebene Borratswirtschaft ablehnen.

Dabei zeigen uns die Ziffern über die Gesamtausgaben des ordentlichen wie außerordentlichen Reichshaushalts, daß auch das viele Gerede über die hohe soziale Belastung jeder Grundlage entbehrt. Um nur zwei Ziffern einander gegenüberzustellen: Für Militärruhegehälter wurden 848,9 Millionen verausgabt gegenüber sozialen Ausgaben von nur 500,5 Millionen, und eine Spezifikation der Zusammensetzung der Militärruhegehälter würde zweifellos erweisen, daß der überwiegende Betrag hiervon den vielen, mit sehr hohen Summen bedachten pensionierten Offizieren jährlich zufließt. Bis

jetzt sind aber dennoch keinerlei Klagen über die starke Belastung der deutschen Wirtschaft infolge der reichlichen Zuwendungen an die Reste des alten Militärstaates laut geworden.

Die allgemeinen Schlußfolgerungen, die der Reparationsagent aus der Analyse des Staatshaushaltes zieht, lassen erkennen, daß er geneigt ist, sich die von deutscher rechtsgerichteter Seite wiederholt vorgetragene Kritik einer zu großzügigen Ausgabenwirtschaft der Länder und besonders der Kommunen zu eigen zu machen, was ihn zu der Forderung einer besseren Überwachung der öffentlichen Ausgaben führt. Damit hätte diese größtenteils unberechtigte deutsche Kritik wieder einmal die Gefahr einer noch drückenderen Überwachung deutscher Verwaltungsmaßnahmen durch Organe der früheren Ententemächte heraufbeschworen.

Im übrigen erweist sich der Reparationsagent als ein schärferer Beobachter von wichtigen Regierungsgepflogenheiten, wie sie sich in den letzten Monaten eingebürgert haben, als der größte Teil der deutschen Öffentlichkeit. Denn er überwacht in einer Weise, an der sich alle die, die sich in Deutschland auf die Demokratie berufen, ein Beispiel nehmen dürften, die **Darlehen und Geldanlagen der Regierung** und stellt fest, daß

„der auffallendste Zug, der im ersten Planjahre in Erscheinung getreten ist, wohl die zunehmende Gepflogenheit ist, Industrie und Landwirtschaft Sonderkredite einzuräumen und für Rechnung der Regierung Darlehen und Geldanlagen in der Industrie vorzunehmen.“

Wenn auch in objektiver Weise versucht wird, Erklärung dafür in dem Krisenzustand der deutschen Wirtschaft zu suchen, so möge sich doch die deutsche Demokratie folgende Mahnung deutlich ins Stammbuch schreiben:

„Aber auch vom Standpunkt der Haushalte ist dies von großer Bedeutung, nicht nur, weil diese Darlehen und Geldanlagen die Haushalte stark in Anspruch nehmen, sondern auch wegen der Neigung, sie nicht im Rahmen des ordentlichen Haushalts und in gewissen Fällen sogar ohne die übliche gesetzliche Befugnis vorzunehmen.“

Diese Mahnung ist nur allzu berechtigt. Sind doch Verletzungen des Staatsrechtes des Reichstags in der letzten Zeit zur stillen Gepflogenheit geworden, ohne daß sich die Öffentlichkeit mit der erforderlichen Energie gegen diese schweren Verletzungen des wichtigsten demokratischen Machtmittels zur Wehr gesetzt hätte. Das fing an mit der verschwiegene Zuweisung der 700 Millionen an die Ruhrindustriellen und setzte sich fort bis zur unberechtigten und ungenehmigten Überweisung eines größeren Betrages an die Landwirtschaft durch die Reichsbank auf dem Umweg über die Rentenbank-Kreditanstalt. Läßt sich aber die Volksvertretung solche Rechtsbeugungen weiter gefallen, so daß sie sich zur Rechtsgepflogenheit entwickeln können, so wird die Folge sein, daß wir ein formaldemokratischer Staat mit autokratischer Regierungsmacht werden. Was aber jetzt kampflos, einfach durch Trägheit der Geister preisgegeben wird, das könnte nur in sehr heftigen, vielleicht opferreichen Kämpfen einmal wiedererobert werden.

In zwiefachem Zusammenhang kommt Sir Parker Gilbert auf die berühmte **Preisabbau-Aktion** der Regierung zu sprechen; einmal beim Kapitel „Deutsche Währungs- und Kreditverhältnisse“, wo auf die Bekanntmachung des Finanzministeriums verwiesen wird, nach der der Zinssatz für das Ausleihen öffentlicher Gelder möglichst niedrig sein soll. Hier wird zunächst noch

in hypothetischer Form darauf verwiesen, daß der Einfluß billigeren Geldes gerade das Gegenteil von dem von der Regierung beabsichtigten preisentenden Ergebnis bewirken könnte. Was ja auch ohne weiteres deutlich wird, wenn man bedenkt, daß man mit billigen Krediten länger imstande ist, Warenlager zurückhalten zu können, während teures Geld zur Abstoßung der Vorräte durch Preisherabsetzung zwingt. Noch deutlicher aber wird man in einem späteren Abschnitt, der sich mit der Umstellung der deutschen Wirtschaft befaßt, in der das Fazit der Preisentendungsaktion der Regierung sehr ungeschminkt wie folgt gezogen wird:

„Abgesehen von der Wirkung, die eine allgemeine Bewegung der Weltpreise ausüben könnte, scheint die Wirkung, die eine Anzahl der Regierungsmaßnahmen am Ende erzielen dürfte, mehr in der Richtung auf höhere als auf niedrigere Preise zu liegen. Ihr Vorschlag zum Beispiel, den Zinsfuß künstlich dadurch herabzudrücken, daß man öffentliche Gelder unter dem Zinsfuß der Reichsbank ausleiht, würde kaum vermeiden können, daß eine gewisse Kreditausdehnung einsetzt, daß sich daraus Stimmung für höhere Warenpreise und möglicherweise neuer Antrieb für die Entwicklung ergeben, die man bereits im Hinblick auf die neuen Zolltarife erwarten muß.“

Das ist eine sehr beschämende Lektion für die deutsche Reichsregierung. Sind doch diese Erwägungen keineswegs von irgendwelcher Voreingenommenheit eingegeben, sondern nur von ruhiger wissenschaftlicher Betrachtung diktiert. Das aber muß einer höchsten Stelle in Deutschland, das immer auf die wissenschaftliche Leistung seines Landes besonders stolz war, passieren! Damit ist aber nicht nur der angeblichen Preisabbauaktion, sondern zugleich auch der Wirtschaftspolitik der Regierung vom vergangenen Sommer das Urteil gesprochen. In beiden Fällen ging sie unter völliger Mißachtung aller Mahnungen der Wissenschaft vor.

Und damit wären wir bereits bei dem Abschnitt über „Deutschlands Außenhandel“ angelangt. Vorsichtig werden all die besonderen Schwierigkeiten, die durch Deutschlands innere Lage der Entwicklung seines Außenhandels entgegenstanden, untersucht und der Stand der Handelsvertragsverhandlungen festgestellt. Sir Parker Gilbert übersieht nicht, daß die meisten Länder sich mit hohen Schutzollmauern umgeben haben und dadurch alle Exportländer getroffen werden; er glaubt aber, daß dieser Umstand für Deutschlands Wirtschaft viel stärker ins Gewicht fällt, da ein großer Teil dieser Staaten seit dem Kriege begonnen hat, mit anderen Nationen stärker Handel zu treiben, als mit Deutschland. Den neuen deutschen Zolltarif bezeichnet er als ein Kompromiß zwischen Industrie und Landwirtschaft, und wenn er auch in der Beurteilung der Wirkung dieser Schutzzölle sich vorsichtig verhält, so glaubt er doch bereits aussprechen zu sollen, daß diese in erhöhten Preisen und vielleicht in erhöhten Kosten für die heimische Erzeugung sich auswirken dürften. Wenn der Zweck der Zölle, die Erhöhung der Preise, erreicht werde, dann müsse sich dies dahin auswirken, daß die Erzeugungskosten erhöht und einer Steigerung der deutschen Ausfuhr nach anderen Ländern neue Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Für die ganze Beurteilung des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft ist die Gestaltung der Handelsbilanz eine wichtige Indikation. Dabei denken wir nicht — wie dies in der öffentlichen Diskussion fast ausschließlich geschieht — an die Passivität der Handelsbilanz, deren Ursachen wir in der vorher-

gehenden Nummer des näheren erläutert haben. Sondern ein noch wichtigeres Barometer scheint uns die Zusammenfassung von Einfuhr und Ausfuhr, deren Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit zu sein. Wir lassen darum nachstehend die beiden nach Mengen aufgestellten tabellarischen Übersichten über die Entwicklung von Deutschlands Einfuhr und Ausfuhr im Monatsdurchschnitt vom Dezember 1924 bis Oktober 1925 im Vergleich zur Vorkriegszeit folgen:

Gruppen	Einfuhr		Ausfuhr	
	(Menge in metrischen Tonnen)			
	Monatlicher Durchschnitt		Monatlicher Durchschnitt	
	des Jahres 1913	vom Dez. 1924 bis Okt. 1925	des Jahres 1913	vom Dez. 1924 bis Okt. 1925
Lebende Tiere ¹	14988	7996	141	920
Pferde (Stück)	(11967)	(8979)	(497)	(584)
Lebensmittel und Getränke	975825	779038	447857	192935
Rohstoffe und halbfertige Waren	4988948	3627029	4970788	2463791
Fertigwaren ²	89915	132260	724008	505483
Fahrzeuge u. Wasserfahrzeuge (Stück)	(77)	(34)	(58)	(76)
Zusammen ³	6069176	4546323	6142794	3168129
Gold und Silber	131	151	62	22
Zusammen ³	6069307	4546474	6142856	3168151

Es frappiert uns bei den Zahlen der deutschen Einfuhr der Umstand, daß die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken gegenüber der Vorkriegszeit sehr beträchtlich zurückgegangen ist. Noch charakteristischer aber ist die Tatsache, daß bei einem Rückgang der Einfuhr von Rohstoffen eine Erhöhung derjenigen von Fertigwaren eingetreten ist.

Daß bei der Ausfuhr ein Rückgang der ausgeführten Rohstoffmengen in der Statistik verzeichnet wird, findet seine Erklärung in dem Verlust wichtiger Rohstoffgebiete sowie darin, daß bisher die Lieferungen auf Reparationskonto von der Außenhandelsstatistik nicht erfasst wurden. Aber nicht nur die Ausfuhr von Rohstoffen, sondern auch diejenige von Fertigwaren ist im Vergleich zur Vorkriegszeit nicht unerheblich zurückgegangen. Eine ernste Mahnung für diejenigen, die solche besorgte Äußerungen über die Passivität der Handelsbilanz hinaussenden, auch einmal zu prüfen, worauf dieser Einfuhrüberschuß zurückzuführen ist. Wie die obigen Ziffern erweisen, nicht auf die Steigerung der Einfuhr, denn diese ist zurückgegangen, sondern auf einen Rückgang unserer Ausfuhr aus Deutschland. Eine Aktivierung der Handelsbilanz setzt daher eine Handelspolitik voraus, die hauptsächlich auf eine Steigerung der Ausfuhr, das heißt aber auch auf eine Verbilligung der inländischen Produktion gerichtet ist.

Es ist nun interessant, festzustellen, in welcher Weise sich die deutsche Ausfuhr auf die verschiedenen Länder verteilt und wie sich die Richtung deutscher Einfuhr und Ausfuhr verschoben hat gegenüber der Vorkriegszeit. Die Veränderung ist allerdings erheblich, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich.

¹ Gewicht der Pferde nicht eingeschlossen. — ² Schiffe nicht eingeschlossen, ausgenommen im Dezember 1924. — ³ Pferde und Schiffe nicht eingeschlossen.

In Millionen Reichsmark

Staaten	Einfuhrüberschuß 1925		Staaten	Ausfuhrüberschuß 1925	
	Einfuhr nach	Ausfuhr von		Einfuhr nach	Ausfuhr von
	Deutschland			Deutschland	
Vereinigte Staaten	1555	259	Holland	856	469
Großbritannien	571	468	Schweiz	169	211
Britisch-Indien	355	90	Schweden	141	153
Frankreich	326	90	Osterreich	91	158
Argentinien	323	121	Sowjet-Rußland	74	96
Polen	278	230	Brazillen	84	90
Tschechoslowakei	257	215			
Italien	246	166			
Belgien	199	94			
Dänemark	174	162			
Holl. Ostindien	166	48			
Australien	155	16			
Spanien	112	77			

Zahlen für sechs Durchschnittsmonate des Jahres 1913, die auf der gleichen Grundlage hinsichtlich der Gütermenge aufgebaut sind und der gleichen Quelle entstammen, bringt die folgende Übersicht (in Millionen Mark):

Staaten	Einfuhrüberschuß 1913		Staaten	Ausfuhrüberschuß 1913	
	Einfuhr nach	Ausfuhr von		Einfuhr nach	Ausfuhr von
	Deutschland			Deutschland	
Vereinigte Staaten	855,5	356,6	Großbritannien	437,9	719,1
Rußland	712,3	440,1	Osterreich-Ungarn	413,7	552,4
Britisch-Indien	270,9	75,3	Frankreich	291,6	394,9
Argentinien	247,3	132,9	Holland	166,5	346,8
Australien	148,0	44,2	Belgien	172,2	275,5
Brazillen	123,9	99,9	Schweiz	106,6	268,0
Holl. Ostindien	113,8	49,3	Italien	153,3	196,7
Spanien	99,3	71,5	Dänemark	96,9	141,9
			Schweden	112,1	114,9

Daraus geht hervor, daß gegenüber 9 Hauptländern mit einem Ausfuhrüberschuß (in 6 Durchschnittsmonaten von 1913) in den ersten 6 Monaten von 1925 nur mit 6 Hauptländern ein Ausfuhrüberschuß bestand. Umgekehrt verhält es sich mit dem Einfuhrüberschuß. Waren es im Jahre 1913 acht Länder, bei denen ein Einfuhrüberschuß bestand, so erhöhte sich deren Zahl im Jahre 1925 auf dreizehn. Das betraf hauptsächlich den Handel mit England, Frankreich, Belgien, Italien und Dänemark, der früher einen Einfuhrüberschuß zeigte. Da dies aber die wichtigsten europäischen Verbrauchsländer für Industrieprodukte sind, so zeigte diese Tabelle an, nach welcher Richtung die Bemühungen unserer Handelspolitik zu gehen haben.

Zusammenfassend schlußfolgert der Reparationsagent dahin, daß man keineswegs über alle Schwierigkeiten in Deutschland hinweg sei, daß jedoch zwei bedeutsame Faktoren erreicht, die beständige Währung und der ausgleichene Staatshaushalt, ohne die ein Wiederaufbau der deutschen Wirt-

schaft nicht möglich gewesen wäre. Als noch zu lösende Probleme sind die Ergänzung des Betriebskapitals und die modernen Anforderungen entsprechende Umstellung der Betriebe in den Vordergrund gerückt. Der daraus entstehende Notzustand wird zugegeben, er wird jedoch als unvermeidliche Begleiterscheinung der Rückkehr zu beständigen Verhältnissen bezeichnet.

Die klare Übersicht, die Sir Parker Gilbert gibt, zeigt nicht nur, in welchem Maße durch das Sachverständigengutachten erst etwas Ordnung in das Chaos der Reparationsfrage gebracht worden ist, sondern ist zugleich eine sehr ernste Mahnung gegenüber den Sünden der Wirtschaftspolitik, wie sie insbesondere das vergangene Jahr gezeitigt hat.

Bildung und Gesellschaft

Herm. Mönch (Arnstadt)

I.

Wie die Wirtschaft notwendig und entscheidend für die menschliche Gesellschaft ist, so notwendig und entscheidend für die menschliche Gesellschaft ist auch die **Bildung**. Der Zusammenhang von Wirtschaft und Gesellschaft ist ja dem arbeitenden Menschen im allgemeinen bekannt, wenn auch mehr gefühlsmäßig. Anders jedoch verhält es sich mit dem Zusammenhang von Bildung und Gesellschaft. Der Bildung wird immer noch von einem beträchtlichen Teil der Arbeiterschaft viel zu wenig oder gar keine gesellschaftliche Bedeutung beigemessen. Das hat seinen Grund darin: Der Mensch, der zum Zwecke der gesellschaftlichen Lebenserhaltung arbeiten, wirtschaften muß, erhält auch durch seine Tätigkeit einen Arbeitsertrag, wenigstens einen Teil desselben. In der Bildung hingegen sieht er kein unmittelbar greifbares Ergebnis für sich noch für das große Ganze. Aber ein tieferes Eindringen in die Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung lehrt, daß die Bildung ein **wichtiges Element** in der Gesellschaft war und heute noch ist.

Bilden im materiellen Sinne heißt formen, gestalten. Das bedeutet es auch auf den menschlichen Geist angewandt. Man gibt ihm Eigenschaften, mit denen er bestehen und wirken soll. Nicht willkürlich geschieht das, vielmehr hängt das ab von der bestehenden Gesellschaftsform und von ihrem Fortbestehen. Menschen werden durch Menschen diesem Zustand und diesem Zwecke **geistig angepaßt**. Ihre geistigen Kräfte und Fähigkeiten werden dementsprechend entwickelt oder unterdrückt, werden in einer gewissen gesellschaftsnotwendigen Grenze gehalten. Das erfolgt immer im Sinne und im Auftrage von Menschen, die in der Gesellschaft die wirtschaftliche und ideelle Macht haben.

Heute leben wir in einer Gesellschaft, die aus zwei Klassen, aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht. Zur Grundlage hat diese das **Sonder**eigentum an den materiellen und geistigen Arbeitsmitteln, die sich im Besitz der Kapitalistenklasse befinden. Und das ist entscheidend für die Ordnung der Gesellschaft. Das verleiht den Kapitalisten zugleich die Aneignungs- und Verfügungsgewalt über die wirtschaftlichen und ideellen Erzeugnisse. Sie bestimmen neben der materiellen Herstellung und Verteilung auch die **geistige**.

Nicht etwa, wie es für die große Allgemeinheit erforderlich und nützlich wäre, sondern nach ihren persönlichen Wünschen und zu ihrem alleinigen Vorteil. Die kapitalistische Klasse beeinflusst und beherrscht nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geistig das gesellschaftliche Leben. Ihre Stellung, ihre bevorzugte Existenz will sie nicht aufgeben. Deshalb kann ihr Bestreben nur dahin gehen, diesen Zustand aufrechtzuerhalten. Sie muß vor allen Dingen **Maß und Inhalt** der geistigen Erzeugnisse so verteilen, daß die Arbeiterschaft dieser klassenmäßigen Gesellschaftsform ideal angepaßt wird und bleibt.

Das geschieht schon zum Teil ganz unbewußt in der Familie, die die kapitalistische Gesellschaft im kleinen darstellt. Aber in hohem Maße erfüllt diese Aufgabe die Schule. Außer den notwendigsten Fähigkeiten zum Leben wird hier in dem Arbeiterkind, in dem zukünftigen Lohnarbeiter hauptsächlich ein **Dienen und Dulden** herangebildet. Die Lehrmethode trägt gebieterischen Charakter. Daneben begünstigt sie aber auch ein eigennütziges Strebertum. Den geschichtlichen und sozialen Lehrstoff besonders schmückt man mit übersinnlichen, unfaßbaren Dingen aus und treibt mit demselben eine überspannte Personenbeziehung. Ein tieferes Eindringen in den Stoff findet nicht statt. Er wird dem Kinde des Arbeiters **eingedrillt**. „Alles ist so gewollt, immer so gewesen und wird immer so bleiben“, ist gewöhnlich der Leitspruch dieser Bildung. Nach den Schuljahren entwickelt man in dem in Arbeit tretenden Menschen noch einige besondere Fähigkeiten, die zu seiner beruflichen Tätigkeit erforderlich sind. Soweit es außerdem noch Bildungsstätten für Arbeiter gibt, dann vermitteln diese ihren Lehrstoff ebenfalls in verkleideter und aufgeputzter Form. Im Sinne der Unterordnung, ohne jede gemeinsame Erarbeitung und nähere Prüfung des Stoffes. Das alles erzeugt einen engen Gesichtskreis, in dem auch die Gegenwart als **ewig bleibend** erscheint. Und da in der bestehenden Gesellschaft verschiedene Lebensinteressen vorhanden sind, aber nicht insgesamt befriedigt werden können, wird dadurch eine **selbstsüchtige** Gesinnung geschaffen. Auch das sonstige Leben und Treiben in dieser Gesellschaft wirkt geistig ein auf den Menschen, der solch einseitige, oberflächliche Bildung genießt. Er kann auch schwerlich oder niemals aus dieser Ideenwelt herauskommen. Kirche und Kaserne, Zeitung, Literatur und Darbietungen leisten hier besonders erfolgreiche Dienste.

Die kapitalistische Bildung ist **Klassenbildung**. Sie will unantastbar sein und sieht alles in seinem Stillstand. Geht vom Klasseninteresse aus und endet im **Klasseninteresse**. Sie ist **Klassenbildung um der Klasse willen**.

II.

Diese gesellschaftliche Ordnung jedoch kann und wird nicht bestehen bleiben. Selbst wenn es den Anschein hat und die Besitzer der wirtschaftlichen und ideellen Arbeitsmittel alles zur Aufrechterhaltung ihrer bevorrechteten Stellung und der bestehenden Gesellschaftsform aufbieten. Das ist nicht nur ein Wunsch, sondern eine **Erkenntnis**. Und diese Erkenntnis geht selbst über den Bildungsgrad der herrschenden Klasse hinaus. Jene Erkenntnis, daß alles in Bewegung ist, daß alles vergeht und Neues, Höheres sich bildet. Die menschliche Gesellschaft befindet sich in steter Fort- und Aufwärtsentwicklung, hervorgerufen durch in ihr entstandene Gegensätze. Im gesellschaftlichen Leben findet durch **verursachte Unzufriedenheit mit den Verhältnissen** und

durch Anstreben neuer, besserer Existenzbedingungen auf materiellem und geistigem Gebiete eine dauernde Um- und Höherbildung statt. Hier waltet ein **Entwicklungsgesetz**. Das heißt, in der Gesellschaft entsteht Widerspruch, der bestehende Zustand wird verneint und ein neuer, besserer auf anderer Grundlage herbeigeführt.

So erzeugt die kapitalistische Welt mit ihrer einseitigen Arbeits- und Verteilungsweise eine mit den Verhältnissen unzufriedene und denselben widersprechende Schicht, die zur umgestaltenden Kraft dieser Gesellschaft wird: die **Lohnarbeiter**. Die Lohnarbeiter wollen das Sondereigentum an den wirtschaftlichen und ideellen Arbeitsmitteln aufheben und zum Gemeineigentum machen, die Ausbeutung beseitigen. Sie versuchen nach dieser Richtung hin in das gesellschaftliche Leben einzugreifen. Das äußert sich im **Klassenkampf** der Arbeiterschaft.

Also auch auf dem Gebiete der Bildung beobachten wir diesen Vorgang. Es ist bereits ein **Beweis geistiger Umwälzung**, daß Karl Marx dieses Entwicklungsgesetz erkannt und aufgedeckt hat. Er war es, der die Triebkräfte in der Geschichte wie in der Wirtschaft, eben die Bewegung durch Gegensätze feststellte. Diese Erkenntnis wurde zur Forschungs- und Lenkweise. Ihre Bedeutung wuchs mit der Zunahme der industriellen Lohnarbeiterschaft und ist eine Folge ihres Daseins. Sie ist ein Bildungsmittel der Arbeiterklasse. Hier entwickelt sich mit Notwendigkeit eine geistige Umformung, ein höhergestaltender ideeller **Klassenkampf**: die **sozialistische Bildung**. Diese verfolgt selbstverständlich in erster Linie die Lebensinteressen der Arbeiter, denn sie geht ja von der wohl arbeitenden, aber leidenden Klasse aus. Aber ihr Endziel ist eine vollständig neue Gesellschaftsform, der Sozialismus. Eine Menschengemeinschaft, in der alle gleichen Anteil am gesellschaftlichen Leben haben. Deshalb sind **Maß, Inhalt und Lehrweise** dieser Bildung **grundverschieden** von der kapitalistischen. Die gesellschaftsnotwendige **Gesamtheit** ist eine ganz andere.

Die sozialistische Bildung erweckt im Menschen **Selbstbewußtsein** und **kulturelle Bedürfnisse**, sie erzieht ihn zur Hilfsbereitschaft und zur freien Einordnung. Den Lehrstoff geschichtlichen und sozialen Inhalts gibt sie den greifbaren Tatsachen entsprechend, die Handlungen einzelner Persönlichkeiten ohne Übertreibung wieder. Die Art ihrer Belehrung ist keine herrische und besteht auch nicht im Einpausen von Stoff, sondern in gegenseitiger Entfaltung und Befruchtung. Ganz besonders dringt sie in gesellschaftliche Gebiete ein, um darin die bewegenden Kräfte, Ursache und Wirkung, kennen zu lernen. Damit entsteht ein weites Gesichtsfeld, in dem sich das Gegenwärtige als **veränderlich** zeigt. Das steigert den wirtschaftlich gemeinsamen Willen der Arbeiterklasse und schafft eine starke **Gemeinschaftsgesinnung**. Denn die Arbeiter sehen eine Ordnung kommen, in der die Lebensinteressen aller Menschen gleich sein werden. Der Leitfaden der sozialistischen Bildung knüpft sich an das Wort: „Alles fließt.“ Auch das Kind des Arbeiters und die Jugendlichen beeinflusst diese Bildung dementsprechend. Neben der Vermittlung der nötigsten Kenntnisse für Leben und Beruf wirkt sie im Geiste der Wirklichkeit und gegenseitiger geistiger Förderung, stärkt das eigene Kraftgefühl, erzieht zu gegenseitiger Hilfe und freier Einfügung. Ebenso verschafft sie sich Einfluß in der Familie. Schon hat sich die Arbeiterklasse eigene Bildungsorgane und gewisse

Mitbestimmung in den Schulen geschaffen. Es haben sich aus ihr Kräfte entfaltet, die zum Teil an den Geschicken der Gesellschaft mitarbeiten. Anzeichen zu höheren Lebensformen sind vorhanden. Diese färben wiederum auf die menschliche Umwelt ab. Ein Teil der Menschen ist mehr oder weniger vom kapitalistischen Geist befreit.

Die sozialistische Bildung kann ebenfalls nur Klassenbildung sein. Aber sie prüft und ergänzt sich immer wieder, zeigt die Entwicklung der Dinge und trägt deshalb marxistisches Gepräge. Ihr Ausgangspunkt ist das Interesse der Klasse, ihr Ziel jedoch die Interessengemeinschaft der Menschheit. Sie ist Klassenbildung um der Gemeinschaft willen.

Die Arbeiterklasse verbürgt, die wirtschaftliche und ideelle Macht im gesamten menschlichen Dasein zu werden. Die sozialistische Bildung liefert die Waffen hierzu. Allerdings ist die Arbeiterklasse noch lange nicht zur Genüge von ihr erfasst. Weder in der Breite, noch in der Tiefe. Es gilt, noch viel alten Geist aus den Köpfen der Arbeiter zu entfernen. Vor allen Dingen müssen sie sich in größerem Maße im Sinne der Entwicklung marxistisch schulen. Das ist eine wichtige Bedingung, soll diese Bildung überhaupt streng sozialistisch sein. Denn nur so bleibt sie keine schöne Idee, sondern erhält wissenschaftlichen Inhalt und wird zum wirksamen Mittel, das imstande ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern. Das bedeutet aber auch für die Arbeiterklasse, sich bewußt als Widerspruch, als treibende und höhergestaltende Kraft in der Gesellschaft fühlen und betätigen. Heißt die Vorbedingungen der gesellschaftlichen Umwälzung, der sozialen Revolution, schaffen und erweitern.

Wenn in diesem Sinne sozialistische Bildung getrieben wird, dann wird mit Erfolg eine bessere materielle und geistige Gesellschaftsform entstehen, die klassenlose Gesellschaft, der Sozialismus.

Erst im Sozialismus hört die Bildung auf, ein Werkzeug von Klassen zu sein und wird den Menschen vollkommen und ganz erfassen. Erst dann erfolgt die Bildung durch und für die Gesellschaft als Gesamtheit. Die menschliche Gesellschaft ist, nach der Lehre von Karl Marx, wirtschaftlich und ideell wieder ins Gleichgewicht gebracht.

Die Feuer- und Explosionsgefahren in der Metallindustrie und ihre Verhütung

Gewerbekommissar Friedr. Hofmann (München)

I.

Ungefährlich sind eine Anzahl von Fabrikbränden und Explosionen zu verzeichnen, die neben oft nicht geringen Verlusten an Sachwerten auch eine Gefahr für die in diesen Betrieben bzw. mit fraglichen Arbeiten beschäftigten Personen an Leben und Gesundheit bedeuten. Des weiteren bringen größere Fabrikbrände und Explosionschäden nicht selten erhebliche Betriebsstörungen mit sich, die für den einzelnen Arbeiter Verrückung seines Arbeitsverdienstes, wenn nicht sogar Verlust seiner Arbeitsstelle zur Folge haben. Es sind deshalb Arbeitnehmer wie Arbeitgeber gemeinsam daran interessiert, daß derartige Störungen vermieden werden, wenn sie sich aber trotz aller Vorsicht ereignen, auf einen möglichst kleinen Verd beschränkt bleiben. Darum ist schon bei der Errichtung des Betriebes derselbe dem Fabrikationszweck anzupassen und das weniger gefährliche Produktionsverfahren zu wählen. Im übrigen müssen aber auch die nötigen Vorkehrungen zum Schutze der Arbeiter getroffen sein. Insbesondere müssen genügend Rückzugsmöglichkeiten sowie gut funktionierende Löscharparate im Falle der Feuergefahr vor-

handen sein. Zu gleicher Zeit ist aber auch notwendig, daß die Arbeiter über die Feuer- und Explosionsgefährlichkeit der von ihnen zu verarbeitenden Materialien und Stoffe aufgeklärt sind und den notwendigen Vorsichtsmaßnahmen ausreichende Beachtung schenken.

Als eines der feuergefährlichsten Produkte ist wohl das **Zelluloid** zu betrachten. Dies hat ein erst vor kurzer Zeit in einer Nürnberger Zelluloidwarenfabrik ausgebrochener Fabrikbrand bewiesen, der auch die Anregung zu den nachstehenden Abhandlungen gegeben hat. Das Zelluloid wird nun vorwiegend in Betrieben verarbeitet, die für die Metallindustrie weniger in Frage kommen; jedoch werden auch in der Metallindustrie — Spielwarenfabrikation — namhafte Zelluloidmengen verarbeitet bezw. Galbsfabrikate verwendet.

Zelluloid, auch Zellhorn genannt, ist das Produkt aus einem sehr heftigen Explosivstoff — der Schießbaumwolle, Kolloidumwolle — und einem die Explosionsfähigkeit vermeidenden Stoffe, dem Kampfer. Zelluloid ist hornartig, durchscheinend, geruchlos, hart, schwer zerbrechlich und im Wasser unlöslich. Es ist leicht entzündlich und verbrennt sehr lebhaft mit ruhender Flamme und unter Verbreitung von Kampfergeruch. Bei Berührung mit einem glühenden Körper verglimmt es ruhig. Die flammenlose Zersetzung beginnt schon bei einer Temperatur von etwas mehr als 100 Grad. Bei langsamem Erwärmen wird es weich, in der Masse bilden sich Blasen, bis sich plötzlich das ganze Stück in der Regel flammenlos, seltener mit Flammen zersetzt. Die hierbei entstehenden Dämpfe bilden mit Luft ein explosives Gemenge. Da diese Prozesse zwischen 105 bis 185 Grad verlaufen, kann schon die Wärmestrahlung eines heißen Ofens die Zersetzung einleiten. Die Zersetzungsprodukte sind Gase, wie Kohlenoxyd und Sauerstoffoxyde, Flüssigkeiten und kohligter Rückstand. Gewerberat Dr. E. v. Schwarz führt in seinem Handbuche über Feuer- und Explosionsgefahr aus, daß es vorgekommen ist, daß Zelluloidgegenstände durch die geringste Erwärmung, durch die ausgestrahlte Wärme eines Ofens, einer Lampe, sogar einer elektrischen Glühlampe, der Sonnenstrahlen, zur Zersetzung veranlaßt wurden; ein Zelluloidkamm verpuffte in der Tasche einer Dame durch Reibung mit Schlüsseln. Ich selbst konnte anlässlich einer Unfalluntersuchung **folgenden Fall** feststellen: Der Meister einer Kassenstrickfabrik trug sogenannte Dauermäse. Bei der Beobachtung des Schmelzvorganges traf ein abspringendes, glühendes Teilchen den Kragen und setzte ihn in Brand, so daß sich der Meister am Halse erhebliche Brandwunden zuzog. Gewerberat v. Schwarz schreibt zu dem von ihm angeführten Fällen, daß man in diesen Fällen wohl von einem „Kampferarmen“, schlechten, unreinen Zelluloid reden kann, denn in allen erwähnten Fällen konnte die für gutes Zelluloid erforderliche Entflammungstemperatur von 140 Grad nicht erreicht werden. Da es aber nicht möglich ist, aus dem Äußern des Zelluloids auf die größere oder geringere Gefahr zu schließen, so muß alles Zelluloid vorsichtig behandelt werden. Ein warnendes Beispiel ist in dieser Beziehung das große Zelluloidbrandunglück in Gerboldsheim (Elsäß) im Jahre 1907, wobei von 42 Beschäftigten 22 einem tragischen Tod fanden. Der Bericht des zuständigen Gewerbeinspektors besagt hierüber ungefähr folgendes:

In einem kleinen Betrieb auf dem Lande, in welchem Messinggehülsen durch Pressen und Stanzen mit einem verschieden gefärbtem Zelluloidüberzug versehen wurden, geriet ein etwa 15 Kilogramm Zelluloidabfälle enthaltender Korb auf bis jetzt unaufgeklärte Weise in Brand, welcher so rasch um sich griff, daß in wenigen Augenblicken 21 von den 42 Beschäftigten ihr Leben einbüßten und der Betrieb völlig zerstört wurde. Am Tage vor dem Unglück — 10. Januar 1907 — blieb infolge der kalten Jahreszeit der eiserne Ofen über Nacht in Brand. Die Zelluloidabfälle blieben entgegen der Vorschrift im Arbeitsraum stehen und waren infolgedessen der Wärmeausstrahlung ausgesetzt. Am nächsten Morgen 5½ Uhr wurden, wie üblich, die Petroleumlampen angezündet. Indessen kamen die Arbeiter, ohne daß sich etwas Besonderes ereignete. Kurz vor 6 Uhr stand der ganze Raum in Flammen. Ein Arbeiter, welcher in der Vorhalle zu tun hatte, wollte durch die Türspalte bemerkt haben, daß der Stanzaum von der Decke her etwa zur Hälfte der Höhe mit einem bläulichen Dunst angefüllt war, der sich plötzlich und gleichmäßig entzündete. Von dem 27 in der Stanzaerei beschäftigten Arbeitern konnten sich nur 6 retten; 21 waren sofort verlohrt. Von dem Entflohenen hatte ein Mädchen derartige Brandwunden erlitten, daß es noch am selbem Tage starb. Das Feuer griff so rasch um sich, daß einige der Verunglückten, welche in weiter Ferne vom Korbe saßen, nicht einmal Zeit hatten, sich von ihrem Sitzen zu erheben und sich durch die in der Höhe befindlichen Fenster zu retten, sondern auf ihren Sitzen kauern einen raschen Tod fanden. Da Silberfuse nicht vernommen wurden, muß im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die

bei dem großen Zelluloidvorrat in der Stanzerlei sich in großer Menge entwickelten Zersetzungsgase soviel Sauerstoff aus der Luft zu ihrer Verbrennung gebraucht haben, daß in wenigen Augenblicken alles organische Leben in der Stanzerlei vernichtet war, angenommen werden, daß die 21 Leute fast im Augenblick erstickt und darauf ihre Leichen verbrannt sind.

Über einen Fall von Selbstentzündung wird in den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten von 1900 Seite 290 berichtet: Eine Explosion wurde in den Adlerfahrradwerken in Frankfurt a. M. durch Selbstentzündung von Zelluloidschußkästen, welche in größeren Mengen im 3. Stock lagerten, herbeigeführt. Diese Kästen begannen sich zu zerlegen und zu brennen. Das Feuer konnte durch Aufgießen von Wasser nicht gelöscht werden, auch machten die stinkenden gelblichen Dämpfe das Eindringen in die Räume unmöglich, so daß sich die Arbeiter zurückzogen. Nach einigen Minuten erfolgte eine heftige Explosion, durch welche die Umfassungswände auseinandergedrückt wurden, so daß die Decken der oberen Stockwerke herunterstürzten. Die Explosion ist augenscheinlich durch die Entzündung der aus dem Zelluloid entwickelten und mit Luft gemischten brennbaren Gase verursacht. Die Untersuchung einiger noch vorhandener Zelluloidkästen derselben Lieferung ergab, daß das Zelluloid an der Oberfläche mit einer dünnen Schicht von Säure bedeckt war, während sich an einzelnen geeigneten Stellen sogar stark reagierende Flüssigkeit gesammelt hatte. Die ganzen Kästen rochen stark nach Nitroße, das Papier, in welches dieselben eingepackt waren, war völlig zerfallen, ebenso das Papier, in welches die zum Auseinanderhalten der Kastenvände beigefügten Holzstücke eingewickelt waren. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Zelluloid aus nicht genügend ausgewaschener Schießbaumwolle hergestellt und dadurch die Selbstzersehung entstanden ist.

Die bei dem verschiedenen Bränden gemachten Erfahrungen verdichteten sich zu allgemeinen Richtlinien bezw. oberpolizeilichen Vorschriften über Zelluloidbetriebe und Zelluloidlager. Die bayerischen oberpolizeilichen Vorschriften seien auszugsweise hier besprochen und gilt das folgende auch sinngemäß für die übrigen Reichsgebiete.

Betriebsräume: Am idealsten sind sogenannte Schedbauten; bei mehrgeschossigen Gebäuden muß jedes höher liegende Geschos wenigstens einen gesicherten Rückzugsweg besitzen, der bei einem Brand in einer Zelluloidwerkstätte nicht gefährdet werden kann. Jeder Betriebsraum muß mit mindestens zwei nach verschiedenen Seiten gelegenen Ausgängen versehen sein, von denen man entweder ins Freie oder zu einer feuersicheren Treppe in einem massiven und rauchdicht abgeschlossenen Treppenhause gelangen kann.

Türen: Alle Arbeitsräume sind mit unverbrennlichen, nach außen aufschlagenden, während des Betriebes unversperrten und selbsttätig schließendem Türen zu versehen.

Fußboden: Die Fußböden müssen glatt und fugenfrei sein und sind während der Arbeitszeit durch öfteres Besprühen feucht zu halten. Sie müssen täglich feucht gereinigt werden.

Luftraum, Lüftung, Fenster: Die Arbeitsräume müssen für jede Person mindestens 10 Kubikmeter Luftraum und mindestens 3 Quadratmeter Bodenfläche bieten, in Räumen, in welchem Material erhitzt oder Staub erzeugt wird, muß der Luftraum pro Person mindestens 15 Kubikmeter betragen. Die Größe der gesamten Fensterfläche muß mindestens 15 Prozent der Bodenfläche betragen. Die Werkstätten und Treppenhäuser sind wirksam zu entlüften.

Verkehrswege: Sämtliche Verkehrswege dürfen nicht verstellt werden. In jedem Arbeitsraum müssen zu den Ausgangstüren Hauptgänge von mindestens 1,20 Meter nutzbarer Breite freigelassen werden. Die von den einzelnen Arbeitsplätzen zu den Hauptgängen führenden Verkehrswege müssen genügend breit sein.

Böschelimer: An allen Arbeitstischen, an denen Zelluloid verarbeitet wird, müssen mit Wasser gefüllte Böschelimer bereit stehen. Auf jede Arbeitsstelle hat ein Böschelimer zu kommen. Bei Böschelversuchen hat man des öfteren beobachtet, daß durch Wasser zuweilen das brennende Zelluloid weitergeschwemmt wurde, was zu einer Ausdehnung des Brandherdes führte. Man hat deshalb außer den mit Wasser gefüllten Eimern auch solche mit Sand aufgestellt.

Beheizung: Die Betriebsräume dürfen nur erwärmt werden auf zentralem Wege durch Wasser oder Dampf oder durch Kachelöfen, die innerhalb der Arbeitsstätte von metallenen Aufenteilen frei sind und von außen geheizt werden. Die Heizkörper müssen durch abnehmbare Schutzgitter — engmaschige Drahtneze — vor einer unmittelbaren Berührung von Zelluloidabfällen geschützt sein. Die Heizrohre müssen leicht gereinigt werden können.

Beleuchtung: Die künstliche Beleuchtung der Arbeitsräume hat mittels elektrischer, durch Draht gegen Zerschlagen geschützter Glühlampen zu geschehen. In Räumen, in denen die Verarbeitung des Zelluloids unter Erzeugung feiner Abfälle — Staub, Späne — geschieht, müssen außerdem die Glühlampen mit Übergoden versehen sein. Ein- und Ausschalter, Schalttafeln, Kontakte usw. müssen außerhalb der Arbeitsräume sein. Wo keine Elektrizität zur Verfügung steht, werden Gasglühlampen zugelassen, wenn sie mindestens einen Meter von der Arbeitsstelle entfernt, mit einem Glimmerzylinder, ferner einem Schutzblech gegen aufliegende Späne, herabfallende Glasstücke sowie mit einem Glaser versehen sind. Zum Anzünden der Lampen dürfen nur elektrische Anzünder oder Platinstoffe benützt werden.

Sägen, Fräsen von Zelluloid: Das Sägen, Fräsen, Drehen und Schleifen des Zelluloids muß unter andauerndem Austropfen von Wasser geschehen. Ausnahmen bilden Arbeiten, bei denen das Austropfen von Wasser aus technischen Gründen unzulässig ist, ferner bei Schleifarbeiten, bei denen Tuschschwabbeln unter Gebrauch von feuchten Schleifmitteln verwendet werden.

Schleifen von Werkzeug: In Räumen, in denen sich Zelluloidstaub bildet, dürfen Werkzeuge nicht trocken geschliffen werden.

Prägepressen: Die Prägepressen dürfen nur mit Dampf oder auf elektrischem Wege geheizt werden. Unter gewissen Bedingungen sind Ausnahmen zulässig.

Feuer und Licht: Es ist verboten, die Arbeits- und Lagerräume mit offenem Licht zu betreten und in ihnen zu rauchen. Personen, welche diese Räume betreten, dürfen Bündhölzer oder sonstiges Feuerzeug nicht bei sich führen. Diese Verbote sind auf beiden Seiten der Türen anzuschlagen.

Aufbewahrung von Material und Abfällen in Arbeitsräumen: Rohmaterial darf nur in der Menge des Tagesbedarfs und fertige Waren dürfen nur in der Menge der Tageserzeugung in den Arbeitsräumen vorhanden sein. Kleine Zelluloidabfälle — Sägemehl u. dergl. —, die an Maschinen entstehen, sind in Blechbehältern aufzusammeln und täglich in feuersichere Behälter, die in einem feuersicheren Lagerraum ihrem Standort haben, zu entleeren.

Anweisung der Arbeiter: Alle Arbeiter sind durch Anschlag über die Gefahren des Zelluloids zu unterrichten und anzuweisen, den Arbeitsraum beim Entstehen eines Brandes wegen der Giftigkeit der Verbrennungsgase sofort zu verlassen, wenn die Benutzung von Wasser nicht das sofortige Löschen zur Folge hat. Ihre Kleidungsstücke, die bei der schnellen Rettung etwa verloren gehen könnten, sind vom Unternehmer gegen Feuerchaden zu versichern; daß dies geschehen, ist in dem Anschlag hervorzuheben.

In jedem Betriebe muß entweder der Arbeitgeber oder eine sonstige Person mit der Anstellung von Wiederbelebungsversuchen mittels künstlicher Atmung vertraut sein. Für Betriebe, welche weniger als 50 Kilogramm Zelluloid verarbeiten oder aufbewahren, sind Erleichterungen von den vorstehend angeführten Bestimmungen gewährt. In Zweifelsfällen wolle man sich an den zuständigen Gewerberat wenden. Kurz zu streifen wäre noch die Heimarbeit. Die Zelluloidheimarbeit sollte meines Erachtens überhaupt verboten werden, da hierbei auch die Gefährdung der Familienangehörigen — Kinder — sowie der Hausbewohner in Frage kommt. Nachstehend nur ein Beispiel aus dem Rürnberger Aufwischbezirk. Eine Heimarbeiterin, welche früher in einer Zelluloidwarenfabrik beschäftigt war, erhielt auf ihr Ersuchen von der Firma erstmals in der dem Brandfall vorausgegangenen Woche Zelluloidabfälle bezw. Ausschussteile von Fahrradgriffen zur Sortierung und Reinigung als Heimarbeit. Davon wurde ein etwa mit 10 Kilogramm gefüllter Sack zwischen dem Arbeitstisch und dem geheizten Kachelofen gestellt. Eine zu Besuch anwesende Arbeiterin setzte sich auf dem Sack und drückte denselben dadurch an den Ofen. Möglicherweise vernahm die Anwesende ein vom Sack ausgehendes Büchsen, gleich darauf einen heftigen Knall und das Zimmer stand in Flammen. Dabei fand der dreijährige Sohn sofort dem Tod und die Arbeiterin erlitt so starke Brandwunden, daß sie am nächsten Tage verstarb, während die Heimarbeiterin mit leichten Brandwunden davonkam. Es ist anzunehmen, daß durch die Ofenhitze eine explosive Zersetzung des Zelluloids und Selbstentzündung oder eine Entzündung der entwidelteten Gase an einer an der Wand hängenden brennenden Petroleumlampe entstanden ist. Bei Ausgabe von Heimarbeit ist der Arbeitgeber nun verpflichtet, an die Heimarbeiter das vorgebeschriebene Merkblatt gemäß der Verordnung vom 4. Mai 1923 (RWB. S. 284) betreffend die Verarbeitung von Zellhorn in der Hausarbeit, zu behändigen.

Eigenartiger Unfall beim Arbeiten mit autogenem Schneidbrenner

Viel

In seinem Aufsatz „Unfälle und deren Verhütung beim autogenen Schweißen und Schneiden“ in Nr. 26/1925 dieser Zeitschrift sagt Prof. Brandes von den metallüber-
spannten Schläuchen, daß bei Bruchigwerden des Drahtes leicht Verletzungen des
Schlauches eintreten und entweichendes Gas sich am glühenden Eisen entzünden kann.
Ich habe erlebt, daß auf diese Weise ein nicht ganz harmloser Unglücksfall zuwege kam.

In unserem Betriebe war ein Mann damit beschäftigt, Blechtafeln autogen zu zer-
schneiden und arbeitete mit dem Schneidbrenner auf der vor ihm stehenden Zulage in
etwa Tischhöhe. Die Zufuhr des Azetylens erfolgte durch einen der oben bezeichneten
Schläuche von rückwärts, derart, daß der Schlauch auf der Erde lag und der Arbeiter
über ihm stand. Als dann ging derselbe von unten hinten nach oben vorn zwischen den
Schenkeln des Mannes hindurch zum Brenner. Eben zwischen den Oberschenkeln des
Arbeiters muß der Schlauch eine schadhafte Stelle gehabt haben, denn urplötzlich ent-
wickelte sich hier eine Stichflamme und fügte dem Manne erhebliche Brandwunden recht
heißler Art am Unterleibe zu, die eine mehrwöchentliche Arbeitsunfähigkeit bedingten.

Man wird also gut tun, der Gasdichtigkeit der Zuleitungsschläuche für Azetylen oder
Wasserstoff etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken und die oben geschilderte Stellung zu
vermeiden, wenschon sie eine sehr bequeme ist.

Aus Arbeiterkreisen wird öfter die Meinung geäußert, Wasserstoff (bzw. Azetylen)
sei explosiv, Sauerstoff nicht. Das ist nicht zutreffend. Das einzelne Gas für sich allein
ist nicht explosiv. Dies ist immer nur der Fall mit den Gemischen der Gase, besonders
wenn Sauerstoff im Gemenge ist, wobei nicht vergessen werden darf, daß auch die atmo-
sphärische Luft erhebliche Mengen Sauerstoff enthält. Es wäre überhaupt zu empfehlen,
wenn die mit derlei Arbeiten betrauten Leute sich einige chemische und physikalische Kennt-
nisse aneigneten. Es handelt sich hier um sehr einfache Grundzüge, deren Wissen in
wenigen Stunden vermittelt werden kann.

Wie erschreckend es aber oft an diesem Wissen selbst bei Personen in verantwortlichen
Stellen mangelt, habe ich einmal mit Grausen gesehen. Im Raume der Azetylenherzeugung,
hart neben dem entwickelnden Apparat, war zu Heizungs Zwecken ein gewöhnlicher eiserner
Ofen aufgestellt! So ergab sich die lächerliche Tatsache, daß außen an der Tür die vom
Betriebsleiter und dem Betriebsratsvorsitzenden unterschriebene Verwarnung klebte, die
das Rauchen in der Nähe der Anlage mit sofortiger Entlassung bedrohte, während innen,
knappe 2 Meter vom Gasfessel entfernt, das fast offene Feuer flackerte!

Meine dieserhalb gemachten Vorstellungen wurden nicht beachtet und der mehr als
leichtfertige Zustand blieb, bis der nächste Besuch des Gewerbeaufsichtsbeamten dem
Unfug ein rasches Ende bereitete.

...

...

...

Ist Teilnahme am organisierten Streik ein Grund zur fristlosen Entlassung?

Ernst Fraenkel (Stuttgart)

Die Zeitschrift „Das Schlichtungswesen“ veröffentlicht in ihrem neuen Jahrgang
Seite 13 ein Urteil des Gewerbegerichts Potsdam, das Beachtung verdient.

Der Tatbestand ist denkbar einfach. Während eines tariflosen Zustandes erklärte der
Arbeitgeber — in diesem Fall die Stadt Potsdam —, einen neuen Tarifvertrag nur
abzuschließen, wenn die Arbeitszeit verlängert werde. Die Gewerkschaft — der Gemeinde-
und Staatsarbeiterverband — rief darauf zum Streik auf und der Kläger folgte dem Ruf
seiner Organisation. Die Stadt entließ die streikenden Arbeiter, gestützt auf § 123 GG,
ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist. Der Kläger erkannte die Kündigung nicht als
berechtigt an und klagte seinen Lohn ein. Das Gewerbegericht Potsdam gab seinem
Anspruch statt.

Ebenso bemerkenswert wie das Ergebnis ist die Begründung der Entscheidung. „Trotz schwerster Bedenken“ und entgegen der Ansicht des Reichsgerichts geht das Gericht davon aus, daß es dem Sinn der Tarifgesetzgebung entspricht, von einem Zwang zur Organisation zu sprechen. Besteht ein solcher Zwang aber, so fährt das Gericht fort, so muß der Arbeitgeber die Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen mit den Gewerkschaften führen. Bricht wie im vorliegenden Fall der Arbeitgeber die Tarifverhandlungen ab und verhandelt er mit den einzelnen Arbeitern über den Inhalt der Arbeitsbedingungen, so verstößt er gegen den Organisationszwang. Ein nunmehr einsetzender Streik ist ein „organisierter“, wie das Gericht sagt, und, wie man wohl im Sinne des Urteils hinzusetzen darf, ein berechtigter.

Das Urteil ist in seinem Ergebnis richtig, seiner Begründung kann ich nicht beistimmen.

Der Potsdamer Richter verwechselt Organisationszwang mit Tarifzwang. Potthoff hat in dem von dem Urteil zitierten Aufsatz lediglich davon gesprochen (Reichsarbeitsblatt 1925, S. 619), daß eine Pflicht des einzelnen Arbeitnehmers besteht, unter Vermeidung von Rechtsnachteilen sich einer Tarifgewerkschaft anzuschließen. Aus dieser Pflicht kann aber unmöglich gefolgert werden, daß der einzelne die Befugnis verloren habe, während eines tariflosen Zustandes individuell Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, ja noch viel weniger der Schluß gezogen werden, daß für die Gewerkschaft bzw. den Arbeitgeber eine Pflicht zum Abschluß von Tarifverträgen bestehe. Die Ansicht des Gewerbegerichts steht im Gegensatz zu der Tarifvertragsverordnung, die ausdrücklich individuelle Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer — allerdings mit Einschränkungen — anerkennt (§ 1 WO vom 23. Dezember 1918); sie setzt sich insbesondere in Widerspruch zu dem Gesamtaufbau unseres Schlichtungswesens. Aus dem Organisationszwang, wie ihn das Potsdamer Gericht auffaßt, würde logischerweise eine Pflicht zum Anrufen des Schlichtungsausschusses, ja einer Pflicht zur Annahme des Schiedspruches erwachsen, denn wer verpflichtet ist, Tarifverträge abzuschließen, muß sich auch der Handhaben bedienen, die das Gesetz ihm bietet. Schon diese Folgerungen zeigen die Unhaltbarkeit der Potsdamer Thesen. Hinzu kommt, daß das Potsdamer Urteil den Begriff des „organisierten Streiks“ völlig willkürlich auf solche Streiks einengt, die als letzte Mittel übrig bleiben, um zu einer Gesamtvereinbarung zu gelangen.

Eine ausführliche Kritik war notwendig, weil ein richtiger Gedanke in dem besprochenen Urteil falsch begründet wird und so den Gegnern der Ansicht, daß Teilnahme an einem organisierten Streik kein unbefugtes Verlassen der Arbeit sei (vergl. Lenhardt, Schlichtungsw. 1924, S. 112 ff.), durch die Widerlegung der Urteilsbegründung nur allzu einfache Waffen in die Hand gegeben sind. Diese Gefahr ist um so größer, als Potthoff das besprochene Urteil als einen Fortschritt feiert (Arb.-R. 1926, S. 13).

Ich glaube, daß der richtige Weg zu der aufgeworfenen Frage von dem Landgericht Frankfurt a. M. in seinem Urteil vom 20. Juli 1923 gewiesen worden ist (Gew.- u. R.-Ger. 30, 16 — vergl. zu diesem Urteil Potthoff, Arb.-R. 1924, S. 858). Die Anhänger der Ansicht, Teilnahme an Streik, der von der Organisation ordnungsgemäß beschlossen ist, sei kein Grund zur fristlosen Entlassung, sollten sich auf die Begründung des Frankfurter Urteils berufen.

Auft die Gewerkschaft zum Streik, so besteht für jeden organisierten Arbeiter ein Pflichtenkonflikt. Der Arbeitsvertrag schreibt vor, nur nach ordnungsgemäßer Kündigung die Arbeit niederzulegen, die Solidarität, die Treue zum Verband legt dem Arbeiter die Pflicht auf, der Streikparole zu folgen. Aber mit diesem Kampf zwischen dem als sittlich empfundenen Gehorsam gegenüber der Organisation und der vom Recht vorgeschriebenen Pflicht zur Erfüllung des Arbeitsvertrages ist das Problem nicht erschöpft. Auch die Gewerkschaft kann sich ihren Mitgliedern gegenüber auf das Recht berufen. Die Gewerkschaft als von der Verfassung anerkannte Organisation (Art. 165 AB) hat gegenüber ihren Mitgliedern einen Rechtsanspruch, daß letztere die ordnungsgemäßen Verbandsbeschlüsse anerkennen und befolgen. Das gilt um so mehr, als § 152 Gew.-O., wie nun-

mehr auch das Reichsgericht anerkannt hat, aufgehoben ist (Schl.-B. VII, S. 174) und damit die Gewerkschaften ihren Mitgliedern gegenüber nicht mehr Vereinigungen zweiten Ranges sind. So steht dem Arbeiter, wenn er, der Streikparole der Gewerkschaft folgend, die Arbeit niederlegt, ein Rechtfertigungsgrund zur Seite, durch den sein Handeln den Mafel der Rechtswidrigkeit verliert; folgt das Gewerkschaftsmitglied dem von seiner sozialen Gruppe als sittlich verpflichtend empfundenen Gebot der Organisation, so handelt es nicht pflichtwidrig und daher nicht schuldhaft. Wer aber die Arbeit niederlegt, ohne daß sein Verhalten rechtswidrig und schuldhaft ist, verläßt die Arbeit nicht „unbefugt“.

Potthoff ist darin recht zu geben (Arb.-R. 1926, S. 49, u. Arb.-R. 1924, S. 862), daß nur der organisierte Streik den Teilnehmer von seiner Arbeitspflicht entbindet. Das ergibt sich schon daraus, daß nur der ordnungsgemäß zustandgekommene Beschluß der Gewerkschaft das einzelne Gewerkschaftsmitglied zur Teilnahme verpflichtet. Potthoff ist jedoch nicht beizustimmen (siehe ebenda), wenn er die weitere Einschränkung macht, nur Streiks nach Erschöpfung sämtlicher Friedensmittel könnten auf die Vertragspflicht des individuellen Arbeitsvertrags einwirken. Das Gesetz unterscheidet zwar in der Verordnung über Streiks in gemeinnütigen Betrieben zwischen unzulässigen Streiks, die ohne vorherigen Anruf der Schlichtungsausschüsse unternommen wurden, und sonstigen Kampfmaßnahmen. Es handelt sich jedoch bei dieser Verordnung um eine Ausnahmebestimmung, deren Gültigkeit sogar durchaus nicht zweifellos ist (vergl. hierzu Potthoff, Arb.-R. 1925, S. 987 ff.). Keineswegs geht es an, den Grundgedanken dieser Verordnung zur allgemeinen Beurteilungsnorm zu erheben.

Diese Kritik an Potthoff verpflichtet aber andererseits zu der Feststellung, daß es in erster Linie sein Verdienst ist, wenn nunmehr auch einzelne Gerichte zu der Erkenntnis gelangen, daß Teilnahme am organisierten Streik kein Entlassungsgrund ist. Der Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes nimmt allerdings in seinem § 155 zu dem hier aufgeworfenen Problem eine so wenig eindeutige Stellung ein, daß Hueck (Der Arbeitsvertrag und der Entwurf eines Allg. Arb.-VG., S. 199) die Frage bereits jetzt für das geplante neue Recht verneint. Die Tendenz der Entwicklung zum kollektiven Arbeitsrecht verlangt jedoch eine gesetzliche Regelung, die dem Rechtsempfinden der arbeitenden Massen entspricht, daß nämlich Verbandspflicht vor Vertragspflicht geht. Bei der Besprechung des § 155 des Entwurfs des AVG im Reichstag wird daher auf eine Abänderung dieser Bestimmung gedrungen werden müssen.

Hört bei einer dauernden Verringerung der Arbeitnehmerzahl unter 20 der Betriebsrat ohne weiteres zu bestehen auf?

Das GG vertritt die Auffassung, daß bei dauerndem Herabsinken der Arbeitnehmerzahl unter 20 das Bestehen des Betriebsrats nicht ohne weiteres endigt und der Betriebsrat sich nicht schon zu diesem Zeitpunkt, sondern erst nach Ablauf der Wahlperiode auflöst. Wenn auch, wie der vorläufige Reichswirtschaftsrat in seiner Entscheidung vom 18. Oktober 1921 ausführt, der Gesetzgeber durch die Bestimmung des § 1 BRG dem Gedanken hat Ausdruck geben wollen, daß die Mindestzahl von 20 Arbeitnehmern im Betriebe vorhanden sein muß, um die Notwendigkeit eines Betriebsrats erforderlich zu machen und zu rechtfertigen, so gilt dies doch nur für die Errichtung eines Betriebsrats. Grundsatz ist aber, daß eine bestehende Betriebsvertretung nach Möglichkeit aufrechterhalten werden soll. Für die Dauer einer Wahlperiode bleibt ein einmal gewählter Betriebsrat bestehen, falls nicht gemäß § 39 BRG durch Niederlegung, durch Beendigung des Arbeitsvertrages oder durch Verlust der Wählbarkeit die Mitgliedschaft im Betriebsrat erlischt... (Aus dem Urteil des GG Nürnberg v. 8. April 1924. — Nr. 223/24; „Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht“, 5. Jahrg. Heft 1.)

Bücherbesprechung

Mensch und Maschine. Von Eduard Wederle, Amsterdam. Buchbeilage zu den *Uranian*-Monatsheften (2. Jahrgang 1925/26). Das Inhaltsverzeichnis hebt neben Einleitung und Schlußbetrachtung als besondere Kapitel hervor: Vom Werkzeug zur Werkzeugmaschine, Atomisierung, Automatisierung des Arbeitsprozesses, Einfluß der Maschine auf die Arbeitsbedingungen, Kapital und Technik, Mensch und Maschine. In instruktiver Darlegung auf 93 Seiten zusammengedrängt, rollt der Verfasser die mit der maschinellen Entwicklung zusammenhängenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme auf, dabei reiches Material bietend. Anfänglich wollte die Technik durch die Maschine die physische Arbeitskraft des Menschen ersetzen, in der Folgezeit aber ging es um vermehrte Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, um höheren Profit und stärkere Arbeitsintensivierung, die die menschliche Arbeitskraft vielfach bereits in den 40er Lebensjahren erschöpft. Wertvolle Partien des Buches sind den Kräften gewidmet, die von Nordamerika nach Europa resp. von einem Industrieland zum anderen nach immer höheren Produktionsleistungen treiben, damit jedoch keineswegs die Krise der Weltwirtschaft meisternd, am allerwenigsten im Interesse der Schaffenden. „Der Mensch muß der Mittelpunkt unseres Tun und Lassens sein. Jeder Sieg über die Natur, jeder Fortschritt in unseren Werkzeugen muß ihm und seiner Gesamtheit zugute kommen.“ Diesen Grundsatz hervorhebend, fügt Genosse Wederle an anderer Stelle hinzu: „Kapitalismus muß untergehen, damit Mechanismus bestehen und von dem heutigen Zweck, individuellen Reichtum zu häufen, in ein Mittel umgewandelt werden kann, die gesamte Menschheit zu höherer Kultur emporsteigen zu lassen.“ In diesem Sinne stellt W. auch zum Schluß zwei unmittelbare Forderungen in den Vordergrund: **Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Verkürzung der Arbeitszeit.** Mitbestimmungsrecht soll einen Ausgleich schaffen für die heutige Freudlosigkeit und Entseelung der Arbeit, vermehrte Freizeit aber soll überwinden die Knechtsgegnung und wiederaufleben lassen jenen stolzen Rebellengeist, dessen Verdrängung das Unternehmertum zu einem bewußten Zweck der Atomisierung und Automatisierung des Arbeitsprozesses erhoben hat. Hat der Verfasser eine fleißige, wertvolle und durchaus zeitgemäße Arbeit geleistet, so können wir unseren Kollegen die Anschaffung des Buches „Mensch und Maschine“ nur empfehlen. Sie werden darin manch dankbare Anregung finden. H. D.

*

Deutsche Revolution. Rede von Ernst Toller, gehalten am 8. Nov. 1925 vor Berliner Arbeitern. (Preis für Verbandsmitglieder 0,40 Mk.) Die Laubische Verlagbuchhandlung Berlin W 30, Gleditschstr. 6, tat Recht daran, diese Rede in gutem Druck den Arbeitern zugänglich zu machen. Wir, die in diesen schweren Jahren von Tagesarbeit, Last und Kämpfen fast erdrückt werden, die in diesen Zeiten mit Not, Elend und hundertfachen Widerwärtigkeiten ringenden Klassen Genossen, für alle ist Bedürfnis und Notwendigkeit, immer wieder sich emporzuheben über den grauen Alltag und den Blick vorwärts, ins Freie zu richten. Und so nehme der Gewerkschafter und Sozialist das vorliegende kleine Heftchen zur Hand. E. Toller redet zu uns. Schon die formvollendete, prächtige Sprache hebt das Herz. Doch mehr noch der von glühender Begeisterung für die Befreiung des Proletariats getragene Inhalt von Tollers Rede. Im Geiste ziehen an uns vorbei die Novembertage 1918, die Jahre 1919/20 und folgende. Toller mahnt „zur Tat und zum Tun. Tat wirkt Macht. Tun aber ist Mannigfaltiges, ist Bauen, ist Bewährung. Zum Tun, zum Bauen genügt nicht Macht. Als Schöpferisches muß hinzukommen Geist der Gemeinschaft. Eine Revolution, der der Geist fehlt, gleicht einer Flamme, die jäh auflobert, um ziellos zu verflachen, weil ihr die nährende Kraft mangelt.“ Und ebenso zutreffend wie das Proletariat aufrüttelnd sind Tollers Schlussworte, wenn er sagt: „Mit der „freien Republik“ allein ist es nicht getan. Wer ist frei in einer Republik ohne Sozialismus? schrieb 1848 Münchberger. Bloß der Bürger, nicht der Mensch. Bloß der Besitz, nicht die Arbeit. Bloß eine Partei, nicht die Gesellschaft. Die Republik ist nicht träge Ruhe. Die Republik ist erst der rechte Ausgangspunkt für Kämpfe und Stürme der Sozialisten. Wähle Proletariat, du bist die Knechtschaft: schwach und verblendet. Du bist die Freiheit: wissend, wollend und gläubig. Entscheide dich!“ H. D.